XIII.

Der Augsburger Kalenderstreit

von

Ferdinand Kaltenbrunner.

Die Frage, um welche es sich bei dem hier darzustellenden Streite handelt, ist bekannt genug: Papst Gregor XIII. hatte die lang erwünschte Reform des julianischen Kalenders in der einem Papste einzig möglichen Form einer Bulle im Jahre 1582 publicirt und fand im Laufe dieses Jahres fast in allen romanischen Gebieten Anklang und Aufnahme seines Werkes, wenn sich auch nicht, wie ich an anderer Stelle darthun werde, eine besondere Begeisterung dafür bemerkbar machte. Anders ging es in Deutschland, an dessen Oberhaupt Kaiser Rudolf der Papst die Forderung stellte das Werk in Reich und Erblanden einzuführen. Beides verweigerte zunächst der Kaiser, da er sich über die allgemeine Durchführbarkeit der Reform mit den Churfürsten verständigen wollte. Die Verhandlungen, erst im December begonnen, zogen sich in die Länge, und je mehr dies geschah, desto mehr schwand die Aussicht auf eine Verständigung, da schon in der ersten Hälfte des Jahres 1583 die protestantischen Theologen ihre Opposition gegen das Reformwerk begannen und der Reihe nach die protestantischen Kurfürsten und die Reichsstände überhaupt zu ihrer Meinung hinüberzogen. Als dann der Kaiser dem Drängen des Papstes nachgebend im September 1583 für Reich und Erblände den neuen Kalender publicirte, war es bereits entschieden, dass die protestantischen Stände ihn nicht annehmen würden. Viel wurde darauf gestritten von Kanzel und Katheder, im Stände- und Stadthaus, bis sich die Köpfe wieder abkühlten und man vorübergehend wenigstens zur Einsicht kam, dass man auch mit zwei Kalendern ruhig nebeneinander leben könnte.

Einer dieser Streitfälle nun spielte sich in der althehrwürdigen Reichsstadt Augsburg ab und er verdient wohl eine kurze Darlegung, da er nicht bloß der heftigste von allen ist, sondern auch unter so schwierigen und verwickelten Verhältnissen vor sich geht wie kein anderer. Um aber zu verstehen, wie denn gerade in Augsburg in dieser Sache so heftige Streitigkeiten entstehen konnten, ist es nöthig einen kurzen Rückblick auf die frühere Geschichte der Stadt zu werfen.

Rasch hatte Luthers Lehre in Augsburg Anhang und Ausbreitung gefunden; bereits im Jahre 1523 begegnet uns zwei evangelische

Prediger, die von Seite des Rathes auch Schutz gegen den Bischof finden, und im Jahre 1527 erscheint die Mehrheit der Bürgerschaft der neuen Lehre zugethan. Wesentlich trug zu dieser raschen Ausbreitung bei das seit dem Jahre 1368 bestehende zünftische Regiment, welches den Vertretern der Zünfte inclusive der Kaufleute eine Mehrheit von 14 Rathssitzen gegenüber den Geschlechtern einräumte. So konnte man schliesslich an die gänzliche Reformation der Stadt schreiten, die denn auch 1537 trotz des Widerspruches vieler Patrizier durch die Vertreibung der katholischen Geistlichkeit abgeschlossen wurde. Dies wurde aber anders nach dem für die evangelische Sache so unglücklichen schmalkaldischen Kriege, an welchem die Stadt thätigen Antheil genommen hatte. Als Vorläufer des Kaisers erschien 1547 Granvella und stellte den katholischen Gottesdienst im Dome wieder her; dann kam Karl selbst und der Stadt war es beschieden in ihren Mauern zuerst das berüchtigte Interim verkünden zu hören, das denn auch sogleich von ihren evangelischen Predigern, wollten sie nicht zum Wanderstabe greifen, beschworen werden musste. Aber es kam noch ärger. Nach Schluss des Reichstages nahm der Kaiser am 3. August 1548 eine gründliche Aenderung des Regiments vor; der ganze damals bestehende Rath wurde als abgesetzt erklärt, die Zünfte abgeschafft und eine Verfassung eingeführt, nach welcher die Geschlechter sammt den ihnen eng verbundenen „Mehrern der Gesellschaft“ 34, die Vertreter der Gemeinde 7 Stimmen im Rathe haben sollten; auch wurden die wichtigsten Posten wie die der Stadtpfleger und Bürgermeister, sowie die Besetzung mancher Ausschüsse ausschliesslich den Geschlechtern vorbehalten. Damit ging Hand in Hand die Herstellung des Katholicismus, dem die Mehrzahl der Geschlechter, vor allen die Fugger, aufs innigste zugethan waren. Im Jahre 1551 schon erteilte 10 Praedicanten das frühere Schicksal ihrer katholischen Collegen und nur die Kirche bei St. Anna wurde den Evangelischen belassen. Eine kurze Zeit änderte sich dies wieder gründlich, als nämlich Kurfürst Moriz von Sachsen 1552 gegen Kaiser Karl zog und hiebei Augsburg besetzte. Rasch waren die Zünfte und die vertriebenen Prediger wieder an ihrer Stelle, aber sie erfreuten sich nicht lange der Ruhe, denn als der Kaiser nach Abschluss des Passauer Vertrages, auf dem Wege von Innsbruck nach Frankreich begriffen, am 20. August zu Augsburg Halt machte, da wurden die Zünfte abermals und nun noch gründlicher beseitigt und das alte Regiment wieder eingeführt; dagegen gestalteten sich die kirchlichen Verhältnisse in Folge des Passauer Vertrages friedlicher; das Interim blieb natürlich abgeschafft und auch die restituirten

Prediger konnten in der Stadt bleiben. Im Jahre 1555 räumte sogar der patrizische Rath der Gemeinde — so wurde nach Beseitigung der Zünfte die nicht den Geschlechtern angehörige Bürgerschaft genannt, aus der nur noch die Kaufleute, welche eine jedoch unter strenger Controle des Rathes stehende „Stube“ besaßen, etwas hervorragten — weitere 4 Rathssitze ein, so dass jetzt 45 (früher 41) Männer im inneren Rathe die Geschicke der Stadt lenkten, während im grossen „äusseren“ seit 1549 80 von den Geschlechtern, 80 von den Kaufleuten und 140 von der gemeinen Bürgerschaft sassen; dieser grosse Rath aber hatte nur eine Art Controle zu üben und scheint nur bei besonders wichtigen die Stadt bedrohenden Ereignissen einberufen worden zu sein. Nun waren keineswegs alle Geschlechter der neuen Religion abhold, im Gegentheile einige von den angesehensten gehörten mit treuer Anhänglichkeit ihr an; es zeigen dies die Rathswahlen der nächsten Jahre, in denen das Stimmenverhältniss der beiden Parteien sich ziemlich die Wage hält, zweimal sogar in den Jahren 1558 und 1570 hatten die Evangelischen eine Stimme Mehrheit. Gerade von letzterem Jahre an aber macht sich eine stetige Abnahme ihrer Kräfte bemerkbar: die Zahl 23 (gegenüber 22 katholischen) sinkt auf 22, dann auf 20, und in den uns beschäftigenden Jahren auf 19 herab. Damit beginnt auch die katholische Partei wieder kühner ihr Haupt zu erheben; die Jesuiten, welche bereits 1568 in Augsburg, jedoch nicht als Congregation nachgewiesen werden können, errichteten 1580 ein Collegium auf Gründen des Hauses Fugger und dadurch war der Friede, welcher wenigstens scheinbar die letzten Jahre bestanden hatte, wieder zerstört. Aus eigenen Mitteln mit Ueberwindung mancher von Seite der Katholischen in den Weg gelegten Hindernisse gründeten gleich im folgenden Jahre die Protestanten ein Collegium zu St. Anna und sogleich begannen offen und im geheimen die Reibereien zwischen beiden Schulen. Auch waren die Evangelischen trotz ihrer gelungenen Demonstration der Jesuitenansiedlung halber nicht beruhigt und die Katholischen waren nicht zufrieden, dass sie die Gründung der neuen evangelischen Schule hatten gestatten müssen. Wäre aber dies auch nicht vorgefallen, sicherlich können wir annehmen, dass auch so und schon lange keine harmonische Stimmung, keine Zufriedenheit in der Stadt herrschte; die zurückgedrängte Bürgerschaft und der im Vergleich zu früheren Zeiten im Zaume gehaltene Protestantismus mochten immer darauf sinnen die frühere Herrschaft wieder zu erlangen; in dieser Hinsicht waren beide die engsten Bundesgenossen, das zünftische Regiment musste beiden als leuchtendes Ziel vor Augen stehen. Aber doch hatte dabei

der Protestantismus zugleich eine Spaltung in seinem Lager zu erfahren; das Interesse der Geschlechter war so enge aneinander geknüpft, dass auch die protestantischen Patrizier mit aller Macht sich dagegen sträubten. So waren die Parteien gegeneinander gestellt, gespannt und gewappnet; es bedurfte nur eines Anstosses, um sie aneinander prallen zu machen, und diesen gab die Kalenderreform Gregor XIII.¹⁾

¹⁾ Das Material zur folgenden Darstellung gaben mir das k. k. Haus-, Hof- und Staats-Archiv zu Wien und das Stadt-Archiv zu Augsburg. In ersterem befindet es sich in dem von mir schon früher benützten Fascikel: „Reichssachen in specie 385/6“, welcher überhaupt die gesammte vom Kaiser in der Kalendersache geführte Correspondenz enthält. Indem von zwei kaiserlichen Commissionen umfangreiche mit zahlreichen Belegen ausgestattete Berichte eingesandt wurden, konnte ich schon in Wien der Hauptsache nach das Material zusammentragen. Eine Ergänzung ergab dann die Forschung zu Augsburg, wo im Stadt-Archiv bald nach Abschluss der Streitigkeiten von Hanns Lutzenberger die gesammten auf die Frage bezüglichen Schriftstücke in 7 Bänden abgeschrieben und mit Registern versehen wurden. Diese „Calender-Acta“ benützte auch der treffliche Geschichtschreiber von Augsburg Paul von Stetten in seiner „Geschichte der h. R. Reichsfreyen Stadt Augspurg“ (Frankfurt und Leipzig 1742), in der sich die beste Darstellung, welche wir überhaupt über diese Händel besitzen, tom. I p. 659 ff. findet. Daneben konnte ich auch noch einige gedruckte gleichzeitige Berichte heranziehen: 1. Acta, die sich in der Stadt Augspurg in werender Handlung den neuen Calender belangend von anfang biss zu aussbring der sachen verlossen haben, sampt einverleibten kaiserlichen Majestät Mandat und etlichen beyder Parteyen schreiben, bei G. Gruppenbach zu Tübingen 1584 (von einem sich der Rathsparthie zuneigenden Protestanten). 2. Warhafftiger, gründlicher und erbermlicher Bericht von der grossen Uneinigkeijt Empörung und endlichen Aufruhr der Burgerschaft in Augspurg wider einen Erbarn Rath daselbst des Newen Calenders wegen. Alles gründlich und ordentlich von einem, der selbst mit vnd dabey gewesen, an einen guten Freund geschrieben 1584, 27. Mai (6. Juni), erstlich gedruckt zu Erfurt bei Joh. Beck (von streng evangelisch-zünftischer Seite). 3. Kalenderstreit, so sich in der Kaiserlichen Reichsstatt Augspurg zwischen einem Rath Burgerschaft und Gmein, wie auch den evangelischen Kirchendienern zugetragen. Kürzlich und einfältig beschrieben und in rechtmässige teutsche Reime gestellt Anno 1585 (protestantischer Standpunkt). 4. Georg Müller: Augspurgische Händel, so sich daselbsten wegen der Religion und iüngst vor zwey Jahren im werenden Kalenderstreit mit Georgen Müller, Pfarrer und Superintendenten daselbst zugetragen, sampt notwendiger Rettung der Unschuld und Ehren etc. (Wittenberg) bei Mathes Welack 1586. (Müller ist der Hauptstreiter der rathsfeindlichen Parthei). 5. Der Herren Pfleger und geheimen Råth der heyligen Reichsstatt Augspurg wahrhafter Gegenbericht der augspurgischen Händel und gegründete widertreybung des G. Müllers nechst verschinen 1586 iars in Truckh ausgestrewten Famos gedichts. Augspurg 1587. (Verfasser ist Dr. Tradel, die Vertrauensperson des Rathes). Die bei Goedecke Grundriss p. 274 verzeichneten Gedichte: 1. „Augsburgische Calenderzeitung. kurze historische Erzählung dess Ca-

Die Frage, ob der Kalender in der vom Papste gestellten Frist (October 1582) eingeführt werden solle oder ob eine allgemeine Vergleichung der Reichsstände abzuwarten sei, welch' letzteren Standpunkt der Kaiser einnahm, trat frühzeitig an den Rath heran, als er nämlich von Herzog Wilhelm von Baiern im September 1582 zur Annahme aufgefordert wurde. Am 2. October antwortete er demselben, er könne dies nicht thun, da die benachbarten Gebiete ihn nicht annehmen wollten; dringend bat er den Herzog einstweilen wenigstens noch zu warten. Nun hatte Wilhelm freilich, obwohl er schon für die vom Papste festgesetzte Zeit ein Kalenderfragment bei Adam Berg zu München hatte drucken lassen, doch die Publication auf den zweiten durch das Schreiben des Papstes vom 7. November (28. October) festgesetzten Termin vom 10. Februar des nächsten Jahres verschoben, aber nun machte er abermals davon dem Rathe am 2./12. Jänner Mittheilung mit der Aufforderung sich ihm anzuschliessen und mit Berufung darauf, dass auch Erzbischof Jacob von Salzburg und seine Suffragane den Kalender zu dieser Frist anrichten wollten¹⁾. Der Herzog berief sich auch ausdrücklich auf den Befehl und nöthigen Gehorsam gegen den Papst, ein Verfahren, das einem aus beiden Confessionen gemischten Rathe einer Reichsstadt gegenüber sicherlich nicht zum Besten der Sache eingeschlagen war. Es musste dieses Drängen von Seite Baierns für den Rath um so unangenehmer sein, als von Reichswegen noch keine Entscheidung getroffen war und er von andern Nachbarn, so von Erzherzog Ferdinand von Tirol, Pfalzgraf Philipp Ludwig und der Stadt Regensburg wusste, dass diese bis auf eine allgemeine Vergleichung der Reichsstände noch warten wollten, eine Ansicht, welcher der Rath selbst den beiden letzteren gegenüber zugestimmt hatte²⁾. Es scheint aber, dass einigen einflussreichen

lenderstreits und daraus entstandenen Entpörung zu Augspurg. 25. Mai 1584 zu singen in Hertzog Ernsts Thon* und 2. „Unruh zu Augspurg 1584. Hoert doch zu ihr Christen trew. zu St. Gallen* waren mir nicht zugänglich. Desgleichen nicht die von Stetten handschriftlich benützte: „Chronica oder Verzeichniß etlicher Sachen, so sich von Anno 1578 bis 1603 zu Augspurg zugetragen“, die sich wahrscheinlich in der zur Zeit meines Aufenthaltes geschlossenen Augsburger Stadtbibliothek befindet.

¹⁾ Diese standen später wieder davon ab und führten gemeinsam mit Kaiser Rudolf, Inner- und Vorderösterreich den Kalender erst am 3. Termine, nämlich October 1583 ein.

²⁾ Dem Briefe an Pfalzgraf Ludwig legte der Rath auch ein „Judicium“ seines Mathematikers Dr. Georg Henisch über den Gregorianischen Kalender resp. über das zu München gedruckte Kalenderfragment bei. Das Gutachten ist ganz unbedeutend, zustimmend ohne mit allem einverstanden zu sein, wie es ja einer ehrbaren Kritik geziemt.

Männern des Rathes sehr viel an der Annahme gelegen war, sei es aus Eifer für die katholische Sache, sei es aus Handelsinteressen; immerhin musste es den grossen Handelsherren, vor allen den Fugger darum zu thun sein eine einheitliche Zeitrechnung mit Italien und Spanien zu haben. So nur erklärt sich der Beschluss des Rathes am 5./15. Jänner 1583: es solle der Kalender im Februar dem Willen Baierns gemäss eingeführt werden, sofern sich der Bischof von Augsburg anschliessen würde; denn an dessen Einwilligung konnte nicht gezweifelt werden. Es scheint, dass man dadurch von Seite der katholischen Partei den Rath in den Augen der Gegner in eine noch engere Zwangslage versetzen wollte; denn Höflichkeit und Rücksichtnahme kann man kaum beim Rathe dem Bischof gegenüber voraussetzen, mit dem er unmittelbar vorher gar heftige Streitigkeiten auszufechten gehabt hatte¹⁾. Die beiden amtirenden Bürgermeister und eine dritte Rathsperson benachrichtigten noch am selben Tage den Bischof von diesem Beschlusse, kehrten aber, offenbar sehr zum Erstaunen der Actionspartei, mit der Antwort zurück, der Bischof wolle noch bis auf eine allgemeine Vereinigung warten.

Mit diesem Resultate scheint man nicht zufrieden gewesen zu sein; man nahm die Deputation ins Verhör und da erfuhr man nun, dass dieselbe nur eine Anfrage an den Bischof gerichtet habe, nicht aber ihn vom Beschlusse des Rathes, dass es nur von ihm abhängt, ob der Kalender im Stadtgebiete angerichtet werde oder nicht, in Kenntniss gesetzt habe. Es wurden daher die Unterhandlungen mit ihm fortgesetzt und er über das Missverständniss aufgeklärt, worauf er am 8./18. officiell seine Bereitwilligkeit kundgab im Hochstifte Augsburg den Kalender im Februar einzuführen. Auf dies hin wurde noch am selben Tage die Annahme des Kalenders beschlossen und davon sogleich an Regensburg und Pfalzgraf Philipp Ludwig mit Darlegung der hiebei massgebenden Gründe Nachricht gegeben.

Diese Gründe lassen freilich den Papst und die religiöse Seite der Reform vollständig aus dem Spiele und betonen nur ihre politische Nothwendigkeit des Handels und Verkehrs wegen, aber bei der Genesis des Beschlusses darf es nicht Wunder nehmen, dass die Evangelischen dagegen Opposition machten. Wie das Stimmenverhältniss bei der Abstimmung vom 8./18. war, wissen wir nicht; jedenfalls stimmten mehrere Evangelische dafür, denn es wird später von „missverständiger Zustimmung etlicher der Augsburger Religionsverwandten“ gesprochen; sicherlich aber machte sich auch Opposition bemerkbar, die

¹⁾ Stetten I, 644, 658.

sofort von 4 Rathsherrn aus der Stube heraus auch in das öffentliche Leben der Stadt getragen wurde. Die 3 Kirchenpfleger¹⁾ nämlich und Ulrich Hörwart, der fortan als der eifrigste Gegner der Reform erscheint, protestirten in einer wohl sehr unzutreffend „Supplicatio“ genaunten Schrift und gleichzeitig verlasen die Prädicanten eine ähnlich gehaltene „Intimation“ von den Kanzeln.

Der Kernpunkt der Frage ist in diesen Schriftstücken bereits präcisirt: da der Kalender erwiesenermassen vom Papste komme, könne ihn die evangelische Bürgerschaft gewissenshalber nicht annehmen; es wird daher der Erwartung Ausdruck gegeben, dass mit Berücksichtigung dessen und mit Hinblick auf die Bestimmungen, welche der Augsburger Religionsfriede in Bezug auf geistliche Jurisdiction für die Reichsstädte verordnete, der Beschluss vom 8ten wieder aufgehoben werde; sollte dies nicht geschehen, so müssten sie im Namen der gesamten evangelischen Bürgerschaft gegen diese Vergewaltigung protestiren und könnten demselben keinerlei Folge leisten. Der Rath, welcher den Beschluss noch nicht publicirt hatte, nahm die Schrift an und übergab sie den Rathsadvocaten zur Begutachtung. Diese wurde alsbald von denselben geliefert: sie schicken voraus — und es wird hiebei ausdrücklich bemerkt, dass auch die Collegien Augsburgischer Confession dieser Ansicht seien —, dass es ihnen bei Darlegung ihrer Ansicht einzig um das Wohl der Stadt und das Commercium zu thun sei, und verbreiten sich dann weitläufig darüber, wie sehr der Handel der Stadt durch eine doppelte Zeitrechnung leiden würde. Meinen sie dadurch den Beschluss des Rathes rechtfertigen zu können, so gehen sie im zweiten Theile darauf ein, ob die Evangelischen berechtigt seien dagegen Opposition zu machen und eine Schädigung der Religionsfreiheit und Bruch des Religionsfriedens darin zu sehen. Sie verneinen dies mit Hinweis auf die Aussprüche protestantischer Schriftsteller selbst, vor allem Luthers und der Magdeburger Centuriatoren, dass man gehalten sei die Anordnungen der rechtmässigen Obrigkeit in Bezug auf die kirchlich indifferenten Feiertage zu beobachten; von einer Schädigung des Religionsfriedens könne also nicht gesprochen werden, umsoweniger da der Rath die Verfügung getroffen, nicht der Bischof, mit dem man sich nur der Einigkeit halber als mit einem gleichgestellten Reichstande verglichen habe.

¹⁾ So heissen die 3 Rathsherrn, welche über die evangelischen Prediger, soweit es die Lehre betraf, zu wachen und den officiellen Verkehr zwischen ihnen und dem Rathe zu vermitteln hatten.

Im nächsten gebotenen Rathe am 19./29. Jänner wurde dieses Gutachten zur Verlesung gebracht und über die Durchführung des Decrets vom 8./18. berathen. Von den 4 Oppositionellen hatte nur Ulrich Hörwart den Muth dagegen zu sprechen, von den 3 Kirchenpflegern war der eine, Ulrich Stämmeler, gar nicht erschienen und die beiden andern entfernten sich vor der Abstimmung. Sonst scheint sich kein Widerspruch erhoben zu haben, nur das eine verlangten die evangelischen Rathsherren, dass das Gutachten der Advocaten den Kirchenpflegern resp. dem Collegium der Prädicanten zur Beantwortung übergeben werde. Die neuerliche Protestation aber, welche diese am 24. Jänner (3. Februar) dagegen einreichten, war dadurch gegenstandslos geworden, dass in der eben besprochenen Rathssitzung beschlossen worden war, es solle beim Beschlusse vom 8./18. sein Verbleiben haben, die Aenderung des Kalenders also im Februar dieses Jahres vorgenommen werden. In der That wurde dies auch durchgeführt und zunächst hören wir nichts von einem Widerstande, der von Seite der Kirchenpfleger und Prädicanten dagegen geleistet worden wäre. Der Rath aber fühlte das Bedürfniss sich nach auswärts zu rechtfertigen, zumal da der Beschluss bei den benachbarten evangelischen Ständen grosse Missbilligung fand. So warnten Kurfürst Ludwig von der Pfalz und Herzog Ludwig von Würtemberg vor Uebereilung und ersuchten, als die Reform wirklich durchgeführt war, mit Rücksichtnahme auf die Evangelischen die Massregel bis auf eine allgemeine Vergleichung der Reichsstände rückgängig zu machen. Beiden Fürsten gegenüber rechtfertigte sich der Rath in Schreiben, die schon nach neuem Stil datirt sind (3. März und 16. April). Er versicherte, dass es auch ihm lieber gewesen wäre das Kalenderwerk bis auf eine allgemeine Vergleichung der Reichsstände hinausschieben zu können; er beruft sich zum Zeugniß der Wahrheit dieser Behauptung darauf, dass er im verflossenen Jahre mehrmals ein diesbezügliches freilich vergebliches Ansuchen an den Herzog Wilhelm von Baiern gerichtet habe; grosse Schädigung des Handels, arge Zerrüttung in Bezug auf die Wochentage und Verproviantirung der Stadt wäre daraus entstanden, und nur aus Rücksicht darauf hätte er sich dazu entschlossen, nicht etwa, weil es der Papst befohlen habe; überdies sei ja die Frage der Festtage nach den Aussprüchen der angesehensten protestantischen Schriftsteller ein gleichgiltiges Ding. Der Rath schliesst beide Schreiben mit der feierlichen Versicherung, dass er durch diese Massregel keineswegs die Augsburgische Confession in der Stadt schmälern wollte, sondern dieselbe nach Pflicht und Gewissen nicht weniger als die katholische zu schützen ge-

willt sei¹⁾. Viel wichtiger war es, dass der Rath die Sache auch vor den im März tagenden Städtetag zu Heilbron brachte, um so wichtiger, als es seinem Rechtfertigungsschreiben und dem Auftreten seiner Gesandten gelang Billigung von dieser Seite zu finden. Ausführlicher als den beiden Fürsten setzt der Rath den Collegen die Nothwendigkeit der Reform für Augsburg auseinander; er beruft sich darauf, dass die Zufuhr von Lebensmitteln gestört worden wäre, ferner dass innerhalb der Ringmauern eine doppelte Festfeier eingetreten wäre, da sicherlich die katholische Geistlichkeit auf Befehl des Bischofs und mit ihr der katholische Theil der Bürgerschaft nach dem neuen Kalender gefeiert hätten. In diesem letzten Punkte ist der Rath freilich nicht wahrheitsgetreu; er stellt nämlich die Sache so dar, als ob neben dem Herzog Wilhelm auch der Augsburger Bischof ihn durch die Annahme gedrängt habe, während es doch in seinem Belieben gestanden hätte mit dem Bischofe zusammen die Annahme bis auf weiteres zu verschieben. Mit der feierlichen Versicherung, die Protestanten in der Stadt schirmen und in nichts beeinträchtigen zu wollen, schliesst auch dieser Brief. In der That drang der Rath damit beim Städtetag durch, denn derselbe erklärte in seinem Abschiede sich durch die Auseinandersetzungen des Rathes beruhigt und von seinem früher gefassten Verdachte, als sei es auf eine Schmälerung der evangelischen Religion abgesehen, befreit.

Die Sache schien also friedlich zu verlaufen, als am 26./16. März durch einen Kammerboten im Stadthause ein Mandat des Kammergerichtes abgegeben wurde, das allem Anscheine nach den meisten Rathsherrn ganz unerwartet kam. In diesem vom 1./11. März datirten Mandatum citationis sine clausula wird dem Rathe bei Strafe von 10 Mark Gold aufgetragen den am 19./29. Jänner durch Mehrheit gefassten Beschluss als dem Religionsfrieden zuwider abzustellen, also die Einführung und den Gebrauch des Kalenders zu sistiren, bis entweder ein allgemeiner Reichsbeschluss gefasst würde oder sich die Augsburgerischen Confessionsgenossen einhellig miteinander zur Annahme verglichen hätten. Das Mandat war von den 3 Kirchenpflegern und Ulrich Hörwart erwirkt, und wie schon der Titel zu erkennen gibt, war in der Klage derselben betont worden, dass ihnen und der evangelischen Kirche durch die That der Gegner eine Beschwer auferlegt würde, die nach begangener That gar nicht mehr gut gemacht werden könnte, in diesem Falle also: durch Bruch des

¹⁾ Beide Schreiben sind mit Zuhilfenahme des früher erwähnten Gutachtens der Advocaten abgefasst.

Religionsfriedens Belastung des Gewissens wegen Haltung des päpstlichen Kalenders. Nur in diesem Falle konnte nach der Kammergerichts-Ordnung die Citatio sine clausula erlassen werden; denn — führt das Mandat den Gründen der Kläger folgend aus —, wenn auch an sich ein rein profanes und politisches Ding, könne der Kalender nicht ohne Aenderung der Feste reformirt werden und die Festfeier sei in diesem Falle Gewissenssache. Auch wird auf das Missverhältniss hingewiesen zwischen der katholischen Majorität im Rathe und der weit überwiegenden evangelischen Bürgerschaft, ein Punkt, den wir festhalten müssen, wollen wir die kommenden Ereignisse völlig verstehen. Sowie der Rath in seinem Schreiben an den Städtetag den Beschluss des 8./18. Jänner falsch motivirt hatte, indem er sich als durch den Entschluss des Bischofs, den Kalender im Hochstifte anzurichten, gedrängt hinstellte, so thaten dies die Kläger in anderer Weise; diese erzählen, dass am 5./15. Jänner der Rath auf Ansinnen des Bischofs einhellig beschlossen habe mit der Einführung noch zu warten, am 8./18. aber diesen Beschluss wieder umgestossen habe, dass ferner das letztere nicht im gebotenen Rathe geschehen sei. Die früher gegebene Darstellung ergibt sich aber aus den Rathsprotokollen und zum letzteren Einwande ist zu bemerken, dass, wenn auch am 8./18. keine gebotene Rathssitzung war, dieser Beschluss auch nicht sogleich publicirt wurde, sondern erst am 19./29. im wirklich gebotenen Rathe.

Am selben Tage noch berieth man sich über das dem Mandate gegenüber einzunehmende Verhalten. Anfangs waren die Stimmen getheilt, 13 waren für unbedingte Folgeleistung, 13 dagegen wollten im gebotenen Rathe darüber berathen; dann entfernten sich 2 Kirchenpfleger und nun wurde mit der alleinigen Gegenstimme des Georg Resch beschlossen das Mandat auf die Tagesordnung der nächsten gebotenen Rathssitzung zu stellen. Diese fand am 29./19. März statt. Zu Beginn gab der Stadtpfleger Christof Rehlinger die Erklärung ab, dass der Rath durch den neuen Kalender den Evangelischen durchaus keinen Abbruch thun und dass er ihren Kirchen die Anstellung desselben einstweilen nicht zumuthen wolle. Darauf erklärten sich 23 Rathsherren dahin, dass um Cassation des Mandats beim Kammergerichte eingekommen werden solle. Die Evangelischen waren zwiespältig. Sechs, an ihrer Spitze Ulrich Walter, nahmen die Erklärung des Stadtpflegers mit Befriedigung zur Kenntniss und stimmten den 23 bei; mehr verclausulirt sprachen sich fünf andere, darunter Friedrich Welser und Ulrich Hörwart, aus: sie könnten dem Vorgehen der Kirchenpfleger nur beipflichten, hörten es aber gerne,

wenn gesagt werde, dass die evangelische Religion in der Stadt nicht geschädigt werden solle, auch seien sie einverstanden, wenn sich der Rath beim Kammergerichte „verantworten“ wolle. Getreu seinem vor 3 Tagen abgegebenen Votum endlich erklärte sich Georg Resch für unbedingte Folgeleistung. Es wurde also beschlossen den Process beim Kammergerichte anzustrengen d. h. um Cassation des Mandats einzukommen und weiters, dass die Evangelischen, bis das Urtheil im Processe gefällt sein werde, ihre Festtage nach dem alten Kalender halten könnten, dagegen der neue für Raths-, Gerichts- und Markttage der allein bestimmende sein solle. Am Schlusse der Sitzung gaben sämmtliche evangelische Rathsherren mit Ausnahme Ulrich Hörwarts die Erklärung ab, dass sie von der Klage der Kirchenpfleger am Kammergerichte nichts gewusst hätten. Offenbar war die Opposition noch nicht gehörig organisirt; dies zeigt schon der Umstand, dass in der entscheidenden Sitzung nur 12 Evangelische anwesend waren, noch mehr aber, dass 2 Tage darauf Ulrich Walter in seinem und, wie es scheint, seiner 5 Stimmgenossen Namen sein Votum zurücknahm mit der Erklärung, er habe erkannt, dass er es vor seinem Gewissen nicht verantworten könne dem Kammergerichts-Mandate entgegenzutreten. Diese Erklärung raubte auch der katholischen Partei die Mässigung. Es wurde in der gebotenen Rathssitzung vom 2. April (23. März) nicht blos der Beschluss des 29./19. März bestätigt, sondern auch erkannt, dass die als Kläger aufgetretenen 4 Rathsherren in den auf den Kalender bezüglichen Verhandlungen des Rathes ferner keine Stimme haben sollten, da sie sich dem Rathe gegenüber zur Partei gemacht hätten. 28 Rathsherren hatten bejahendes Votum für den eben dargelegten Beschluss abgegeben, dies zeigt, dass auch eine Anzahl Evangelischer, zum mindesten 2, zur katholischen Partei hielten; die Mehrzahl derselben aber blieb von nun an den Rathssitzungen ferne oder trat wenigstens ab, so oft die Sprache auf den Kalender kam, und so wurde die Spannung derart, dass an eine friedliche Lösung kaum mehr gedacht werden konnte.

In der gewohnten langwierigen Weise begann und vollzog sich der Process. Der Vertreter des Rathes war Dr. Christof Reifsteck dem auch die andern Rathsadvocaten beigegeben waren, was bei der Gegenpartei böses Blut machte, da man murrte, dass der Rath die aus dem Stadtsäckel bezahlten Beamten für seine Sache verwende; die Angelegenheit der Kirchenpfleger führte Dr. Link. Gleich in seinem ersten Schriftstücke, der Entgegnung auf die Bitte des Rathes um Cassation des Mandats (die „Exceptions-Artikel“), legte dieser eine Erklärung von 11 evangelischen Rathsherren vor, worin sich diese

in allem mit dem Vorgehen der Kirchenpfleger und deren Vertreter einverstanden erklären. Der Schriftenwechsel war sehr lebhaft und trug natürlich nicht dazu bei die Gemüther zu versöhnen, so sehr auch zu Anfang die Majorität des Rathes eine versöhnliche Stimmung zur Schau trug. So ermahnte der Rath in einem Anschlage vom 16./6. April die Bürgerschaft zu Ruhe und Vertrauen und gab die Versicherung, dass er gewiss nicht der evangelischen Religion Abbruch thun wolle, sondern nur des Commerciums halber den Kalender eingeführt habe. Dies nützte gar nichts; sobald die Sprache auf den Kalender kam, verliessen die elf Rathsherren zusammen mit den 4 Klägern ihre Sitze, so dass alle Schritte in dieser Sache nur von dem katholischen Theile, dem sich 5 Evangelische angeschlossen hatten, gethan zu sein schienen. Auch die Prädicanten thaten das Ihrige, um die Bewegung wach zu erhalten; so oft sich Gelegenheit bot, kamen sie auf den Kalender zu sprechen und beteten für einen günstigen Ausgang des Processes. In den Schriften, welche die Parteien in der üblichen Reihenfolge der Replik, Duplik und der Conclusiones einreichten, wurde die Sprache immer heftiger; der Vertreter des Rathes warf schliesslich den Gegnern Ungehorsam und Aufruhr vor und behauptete, es sei die Kalendersache nur Vorwand zur Umwälzung der Karolinischen Wahlordnung; Dr. Link hinwider beschuldigte den Rath die Augsburgische Confession in der Stadt vernichten zu wollen und sich von Kaiser und Reich dem Papst zu Liebe getrennt zu haben.

Inzwischen war das Rundschreiben des Kaisers vom 4./14. September, worin er die Einführung des neuen Kalenders für den October 1583 anbefahl, nach Augsburg gelangt und der Rath benützte es, um durch neuerlichen Anschlag am 6. October (26. Sept.) die Gemüther zu beruhigen. Er wiederholt abermals, wie wenig es ihm einfalle, die evangelische Religion zu beeinträchtigen, behauptet, dass ihm das Recht zustehe Aenderungen im Kalender zu machen, und beruft sich dabei auf die Augsburger Apologie (deren 28. Artikel von dem indifferenten Character der Feste spricht); zum Beweise, wie recht und richtig er gehandelt habe, führt er nun das Rundschreiben des Kaisers an, aus dem man ersehen könne, dass er ganz aus den gleichen Gründen, wie auch der Kaiser nicht dem Papste, sondern den Nachbarn zu Liebe den Kalender eingeführt habe¹⁾. Der Rath ermahnte also die

¹⁾ In dem Rundschreiben des Kaisers nämlich wird mit keinem Worte des Papstes gedacht, sondern nur von dem „auf Nachdenken und Gutachten seiner und anderer christlichen Potentaten Mathematiker verfasstem neuem Calendarium“ gesprochen und demgemäss wird auch nicht die kirchliche Seite der Reform, wie

Bürgerschaft zu Gehorsam und Vermeidung alles dessen, was zur Geringschätzung oder Aufreizung gegen die rechtmässige Obrigkeit dienen könnte, und droht die Zuwiderhandelnden von nun an mit der grössten Strenge zu bestrafen. Trotzdem in diesem Mandate, das gedruckt angeschlagen wurde, den Evangelischen die Festfeier nach dem alten Kalender nicht abgestellt worden war, reichten doch die Kirchenspfleger dagegen eine „Protestation“ ein, die aber, weil nicht mit Unterschriften versehen, zurückgewiesen wurde; dagegen konnte man es den Prädicanten nicht verwehren am Sonntag den 9. October (29. Sept.) von den Kanzeln eine „nothwendige Dijudication“ zu verlesen. Aus diesem Schriftstücke geht wie aus manchem andern deutlich genug hervor, wie sie den Widerstand der Gemeinde wach halten wollten; sie sehen sich genöthigt einzugestehen, dass durch ihr Gebahren viele Herzen betrübt und „Einfältige“ geärgert worden seien, ja dass „sogar“ einige geäussert hätten, sie bekämpften den Kalender mehr aus Hartnäckigkeit und Muthwillen denn aus Nothdurft und Gewissensdrang. Diesen erklären sie feierlich, dass sie nicht aus Verachtung gegen die als Statthalterin Gottes anzusehende Obrigkeit Widerstand leisteten, sondern weil sie trotz aller Ueberlegung nicht zu finden vermöchten, wie sie ohne Verletzung ihres Gewissens dem Papste Gelegenheit geben dürften wieder einen Fuss in ihre Kirchen zu setzen, wie sie, ohne sich von ihren Amtsbrüdern an anderen Orten zu trennen und der Gemeinde Fluch und Unsegen zu bereiten, vor allgemeiner Vergleichung der Stände des Reichs den Kalender als zu Recht bestehend anerkennen könnten.

Die Zwistigkeiten fingen nun auch an bei den benachbarten Fürsten Aufmerksamkeit zu erregen, namentlich bei Herzog Wilhelm von Baiern und Herzog Ludwig von Würtemberg. Ersterer stand auf Seite des Rathes, letzterer auf Seite der evangelischen Partei, wie er denn schon früher dem Rathe die Annahme des Kalenders widerrathen hatte. Jetzt ging er weiter und führte seine wissenschaftlichen Autoritäten zu Gunsten der evangelischen Sache zu Augsburg ins Feld. Auf seinen Befehl nämlich erstattete ihm die Universität Tübingen im November 1583 ihr Gutachten wegen der Einführung des Gregorianischen Kalenders und im besondern wegen der deshalb zu Augsburg entstandenen Streitigkeiten¹⁾. Es ist hier nicht am Platze in eine

es in der Bulle des Papstes allzusehr geschehen war, sondern nur die astronomische und mit Rücksicht auf die benachbarten Länder auch die politische Bedeutung der Massregel hervorgehoben.

¹⁾ Bedenken der Universität Tübingen wegen Einführung des Gregorianischen Kalenders und der deswegen zu Augsburg entstandenen Unruhen dat. 24. Nov.

genaue Darlegung der von den Tübingern gegen den Kalender vorgebrachten Gründe und Anschuldigungen einzugehen, zumal da sich ihre Schrift in nichts von den an anderem Orte von mir geschilderten Tractaten unterscheidet. Es fehlt auch hier nicht die Beweisführung, dass der Kalender vom Papste komme, daher vom Kaiser hätte zurückgewiesen werden sollen, dass der Papst der Antichrist sei, dem man bei Annahme des Kalenders folgen würde, dass durch die Annahme die grosse Gefahr erwachsen würde, der Papst könnte abermals festen Fuss in der evangelischen Kirche fassen und sie schliesslich vernichten. Bei diesen Gesinnungen darf die Schlussentenz des ersten Theiles der Schrift nicht befremden, welche rath den Kalender nicht anzunehmen, sondern beim alten ganz brauchbaren zu bleiben und ein gemeinsames Vorgehen der evangelischen Reichsstände gegen diesen päpstlichen Uebergriff anzustreben; es darf dann auch nicht auffallen, dass im zweiten Augsburg gewidmeten Theile das Vorgehen der Oppositionspartei besonders der Prädicanten als ordnungsgemäss und bescheiden gerühmt wird. Im besonderen wird die Behauptung der Katholischen zurückgewiesen, dass es der Obrigkeit ausnahmslos zustehe in rebus adiaphoris, also in an sich gleichgiltigen Dingen Gesetze zu erlassen; denn beim Adiaphoron müsse man darauf sehen, wer die Sache anbefehle; eine Kirche könne der andern der Gleichförmigkeit halber und um die Geistesarmen nicht mit nutzloser Anwendung der evangelischen Freiheit zu verwirren, nachgeben, sobald aber eine an sich

(A. St.) 1583, gezeichnet von Rector, Cancellarius, Doctoren und Regenten und im besonderen von Lucas Osiander und Dr. M. Aichman, gedruckt bei Sattler, Geschichte des Herzogthums Württemberg. V. Beil. p. 50. — Tübingen war überhaupt die vornehmste Veste der Feinde des Kalenders; aus ihr ging der heftige Angriff des Lucas Osiander und der gleich unten zu berührende des Jacob Heerbrand hervor, in Tübingen auch war es, wo Maestlin, der schon in Heidelberg 1582 den Kalender angegriffen hatte, weitere Tractate dagegen schrieb, schliesslich nicht mehr mit grosser Begeisterung, sondern gezwungen und gedrängt vom Senate. Frischlin war wohl der einzige in der gottesfürchtigen Stadt, der unbefangen über den Kalender zu urtheilen wagte, vgl. D. Strauss, Leben und Schriften des Dichters und Philologen N. Frischlin 334. In meiner: „Polemik über die Gregorianische Kalenderreform“ Sitzungsber. der k. Akademie in Wien Bd. 87 habe ich das oben citirte Gutachten der Universität nicht berührt, ich bin erst später durch die Lectüre von Strauss' Frischlin darauf aufmerksam geworden. Dadurch corrigirt sich auch meine dort p. 525 aufgestellte Behauptung, dass zuerst J. Heerbrand die Frage des Adiaphoron herangezogen habe. Dieser hat erst im März 1584 und zwar mit Benützung des Gutachtens seine „Disputatio de adiaphoris et calendario Gregoriano“ veröffentlicht. Für uns hat sie insofern Bedeutung, als in der an die Augsburger Prediger gerichteten Vorrede dieselben in ihrem Widerstand ermuntert und bestärkt werden, weshalb auch das Buch Heerbrands vom Augsburger Rathe verboten worden ist.

gleichgiltige Sache von Anhängern der falschen Religion anbefohlen werde, da höre das Ding auf gleichgiltig zu sein, da müsse die evangelische Freiheit als Schild entgegengehalten werden. Weiter wird ausgeführt, wie der Rath den Religionsfrieden verletze; in Religions-sachen entscheide nicht die Majorität, sondern beide Religionsparteien hätten je eine Stimme; geben die Evangelischen hier nach, so könnte leicht ein Präjudicium geschaffen werden, welches zur gänzlichen Ausrottung des wahren Evangeliums in Augsburg führen könnte. Schliesslich sprechen sie sich über die Mittel aus, welche der Herzog zur Abwendung dieser Gefahr ergreifen möge, denn ihr vorzubeugen sei er als Oberster des schwäbischen Kreises verpflichtet. Er solle also eine Gesandtschaft nach Augsburg schicken, welche im gebotenen Rathe öffentlich eine Schrift zu überreichen hätte, in der beide Parteien zur Mässigung ermahnt würden; er solle ferner das Kammergericht auffordern, dass es, solange der Process anhängig sei, die Gewalt des Rathes in dieser Sache suspendire, damit ihm so die Möglichkeit benommen werde etwas thätliches gegen die Evangelischen zu unternehmen. Von grösster Bedeutung sei es eine günstige Entscheidung beim Kammergerichte herbeizuführen, nicht blos wegen des Evangeliums in Augsburg, sondern auch wegen der Lage der Glaubensgenossen in anderen Reichsstädten. Dabei sei es von grosser Wichtigkeit, dass die nun zu unterbreitende Conclusionsschrift der Evangelischen geschickt abgefasst sei; sie beantragen daher, der Herzog solle die juridische Facultät mit dem Entwurfe einer solchen beauftragen, die dann in aller Stille den Prädicanten in Augsburg zugestellt werden solle, oder diese seien im geheimen aufzufordern ihre Conclusions-schrift vor Einbringung bei Gericht hier in Tübingen revidiren zu lassen. Ob dies letztere geschehen ist, wissen wir nicht, aber Gesandte, die zur Mässigung rathen sollten, wurden in Person des Burcard von Berlichingen und des Dr. Aichmann abgeschickt. Befremden muss es jedoch, dass diese eben jene von Ausfällen gegen die katholische Religion und den Augsburger Rath strotzende Schrift der Tübinger Universität (wohl mit Hinweglassung des letzten Theils) überreichten, und nicht befremden darf es, dass dieser einseitige Mässigungsversuch in der Rathsstube zu Augsburg sehr getheilte Aufnahme fand und dass die Friedensgesandtschaft unverrichteter Dinge von dannen zog. Der Herzog aber war darüber bitterböse und richtete an den Rath vorwurfsvolle Worte¹⁾.

¹⁾ Die Gesandtschaft muss noch in den November oder December 1583 fallen, da am 19./29. December sich Pfalzgraf Philipp Ludwig gegenüber Herzog Wilhelm auf dieselbe beruft und er am 7./17. Jänner 1584 in einem Briefe an den Kaiser bereits von ihrem Erfolg weiss.

Herzog Wilhelm dagegen machte den Kaiser auf die wachsende Verbitterung der Parteien in Augsburg aufmerksam und schlug die Absendung einer Commission vor. Dem leistete der Kaiser auch Folge und ernannte am 31./21. October neben Wilhelm den Pfalzgrafen Philipp Ludwig und den Reichspfennig-Meister Joh. Achilles Ilung zu seinen Commissären, indem er in den betreffenden Schreiben der Befürchtung Ausdruck gab, es könnte auf einen Umsturz der Wahlordnung Karl V. abgesehen sein. Ferner richtete er tags darauf ein scharfes Schreiben an das Reichskammergericht, in welchem er die Meinung ausspricht, dass dasselbe der Klage der Kirchenpfleger keine Folge hätte geben sollen, denn der Process könne zu nichts anderm führen als zu Unruh und Trennung der Bürgerschaft, welche lange Zeit den Anordnungen Karl V. gemäss ruhig nebeneinander gelebt habe; da die Verbitterung von Tag zu Tag steige, so solle der Process jetzt wenigstens schleunigst zu Ende geführt werden.

Herzog Wilhelm und Ilung nahmen mit Bereitwilligkeit den kaiserlichen Auftrag an, namentlich der erstere, weil er die ernsteste Besorgniss hegte, es könnte der Handel zum Umsturz des gegenwärtigen Regiments, ja zur gänzlichen Vernichtung der katholischen Partei in Augsburg führen. Dagegen zögerte Pfalzgraf Philipp Ludwig von Anfang an; zuerst wies er darauf hin, dass ja Würtemberg Gesandte geschickt habe, über die Erfolge derselben müsse man sich also früher vergewissern, dann aber erklärt er Baiern und dem Kaiser, er könne die Commission nicht annehmen, da er selbst für sich genug zu thun habe; zudem sei ja die Sache beim Kammergerichte anhängig und dem dürfe man nicht vorgreifen. Endlich am Schlusse rückt er mit dem wahren Grunde heraus: da die Einführung des neuen Kalenders keine Augsburg allein betreffende, sondern eine allgemeine Sache sei, welche die Stände des Reiches erst nach allgemeiner Verständigung annehmen zu wollen erklärt hätten, so könne er sich in eine Commission, in der er sich für die eine oder andere Partei aussprechen müsste, nicht einlassen. Seine Meinung spricht er endlich dahin aus, dass Augsburg anbefohlen werden sollte bis zur Verständigung auf einem Reichstage den alten Kalender wieder herzustellen. Herzog Wilhelm rieth nun dem Kaiser Nürnberg zur Commission einzuladen, obwohl er sich davon nicht viel Erfolg versprach. Ueberhaupt war er es, welcher sich der Sache am meisten annahm; jedenfalls stand er im lebhaften Verkehr mit dem Rathe, dem er auch bewaffnete Hilfe für den Fall der Noth zugesagt hatte. Er erhielt wahrscheinlich übertriebene Berichte von der Aufregung in Augsburg und meldete dieselben stets dem Kaiser, immer dringen-

der zum Einschreiten mahnend. Auch muthete er dem Kaiser zu das Kammergerichts - Urtheil zu beschleunigen, was dieser mit Hinweis auf seinen früheren Brief zurückwies, wobei er auch zu verstehen gab, dass man dort keine dem Rathe günstige Entscheidung erwarten dürfe, nachdem es ein allgemeines Mandat erlassen habe, dass bis auf allgemeine Vereinigung alle Eingaben nach altem Stil datirt sein müssten¹⁾. Der Kaiser wollte anfangs Württemberg in die Commission nehmen, von dem Gedanken geleitet, es würde dadurch die den Missvergnügten günstige Thätigkeit desselben eingedämmt werden; als aber Wilhelm ihm auseinandersetzte, dass dieser Commissär dem Rathe höchst unlieb sein würde, folgte er dessen früheren Rathschlag und schrieb an Nürnberg. Ganz die gleiche Antwort wie Pfalz-Neuburg gab der dortige Rath zurück, auch er fürchtete sich dadurch von seinen Glaubensgenossen trennen zu müssen. Es geschah dies jedoch erst am 3./13. April. Inzwischen hatte der Augsburger Rath einen Gesandten in Person des Dr. Gaillkirchner nach Prag an den Kaiser geschickt, der einerseits um die Bewilligung zu bitten hatte Kriegsvolk in der Stadt anwerben zu dürfen, andererseits die schleunigste Absendung der Commission betreiben sollte. In seiner Eingabe vom 3. März (22. Febr.) an die Hofkanzlei sucht Gaillkirchner den Nachweis zu liefern, dass die Wahlordnung Karl V. ernstlich bedroht sei und dass der Rath bald nicht mehr im Stande sein werde die unruhigen Gemüther im Zaume zu halten; er gibt auch zu bedenken, dass die benachbarten katholischen Stände eine Aenderung des Regiments nicht gleichgiltig aufnehmen würden, so dass im Falle derselben gefährliche und weitgreifende Händel entstehen könnten. Seine Thätigkeit bei Hofe wurde auch unterstützt durch Briefe des Herzogs Wilhelm und durch den päpstlichen Nuntius, der dem Kaiser die Gefahren schilderte, welche die katholische Partei in der Stadt bedrohten; so erhielt denn Gaillkirchner die Bewilligung zur Vermehrung der Wache und auch die längst beschlossene Commission wurde ihm zugesagt; nachdem aber Nürnberg abgelehnt hatte, schloß dieser Gedanke beim Kaiser wieder

¹⁾ Es ist dies ein Mandat vom 14./24. Juni 1583, welches befiehlt, dass alle Eingaben an dasselbe nach dem alten Kalender datirt werden müssen, bis durch den Kaiser und die Stände anders disponirt werden würde. Wie es scheint, wurde nach dem Rundschreiben des Kaisers vom 4./14. September keine Aenderung vorgenommen, denn dieser sah sich noch am 11./1. Februar veranlasst von dem Kammerrichter Hans Grafen zu Montfort Aufklärung über obiges Mandat zu verlangen, worauf dieser sich entschuldigt, dass dasselbe unter seinem Vorgänger erlassen worden sei, aber dabei erklärt, dass seitdem daselbst nichts des Kalenders halber decretirt worden sei. Das später zu besprechende Mandat des Kammergerichts vom 23. Mai ist jedoch schon nach neuem Stil datirt.

ein, obwohl Herzog Wilhelm in einem seiner Schreiben auch diesen Fall vorgesehen und dann entweder den Grafen von Cassel oder Georg Ludwig von Seisheim zu ernennen gebeten hatte.

Der Rath sah sich daneben auf alle Fälle vor; er hatte vom Herzog Wilhelm im Namen des Landsbergischen Schirmvereins¹⁾ Hilfe im Falle der Noth zugesichert erhalten und er erwirkte, als vom Kaiser die Vermehrung der Stadtwache bewilligt worden war, am 15./5. März²⁾ von Erzherzog Ferdinand von Tirol die Erlaubniss am Bodensee Truppen bis zu tausend Mann anzuwerben. Es wurde nun starke Besatzung in die Stadt gelegt und auch Munition und Geschütze, die Ferdinand zu Günzburg stehen hatte, herbeigeschafft; überdies sah man sich nach Ferdinands Rath um „gut katholische Knechte“ in Baiern um. So gut es ging, suchte der Rath auch eine Verständigung herbeizuführen; nach den „Acta“ versprach er zweimal der Gemeinde Brief und Siegel geben zu wollen, dass in nichts der evangelischen Religion Abbruch gethan werden solle; beide Versuche scheiterten an dem Widerstande der Prädicanten, die ihrer Seligkeit halber nicht nachgeben zu können erklärten.

Es mag damals ein wunderlicher Zustand in der Stadt geherrscht haben. Nach dem strengen Befehle des Rathes musste Handel und Gewerbe sich nach dem neuen Kalender richten, dagegen durften die Evangelischen ihre Feiertage nach dem alten halten. Die letzteren spazierten nun demonstrativ an ihren Festtagen in sonntäglicher Kleidung an den offenen vielfach verlassenen Läden und Handwerkerbuden, deren Besitzer eben auch Feiertag hielten, vorüber — nur zu ihrem Schaden, denn sie mussten auch an den katholischen Feiertagen von Rathswegen von der Arbeit innehalten. Unter den Haufen Getreides, welches das Landvolk an den Wochenmärkten hereinführte, lustwandelten evangelische Bürger, die demonstrativ sich jedes Handels enthielten, auch zu ihrem Schaden, denn sie mussten unter Umständen hinterher von den Katholischen oder von minder starken Glaubensgenossen aus zweiter Hand Einkäufe besorgen. Der Rath hatte seine liebe Noth mit den Gewerben, welche für den Magen der Stadt zu sorgen hatten. Die Bäcker sträubten sich an den evan-

¹⁾ Dem Landsbergischen Schirmvereine, welcher auf Anregung König Ferdinands, Baierns und Salzburgs 1556 gegründet worden war, gehörte Augsburg seit dessen Stiftung an.

²⁾ Am Vortage schrieb Erzherzog Ferdinand der Augsburger Wirren halber auch an den Kaiser und stellte ihm die Gefahren dar, welche daraus für die uralte Stadt und auch für die benachbarten Stände und das ganze Reich erwachsen könnten.

gelischen Feiertagen zu backen, und die Verlegenheit wuchs, als sich beim Herannahen der Osterzeit die Metzger weigerten nach dem alten Kalender zu schlachten, so dass die Katholischen, deren Osterfest viel früher fiel als das der Evangelischen, in der Osterwoche und weit darüber hinaus hätten fasten müssen¹⁾.

Der Rath sah sich daher genöthigt auf eigene Kosten durch bestellte Metzger schlachten zu lassen, dafür steckte er aber auch die Wortführer in die Eisen²⁾ und alle Bemühungen der evangelischen Rathspersonen sie daraus zu befreien wurden vom Stadtpfleger Behlinger energisch zurückgewiesen.

Inzwischen ging Ostern herum, das offenbar von den beiden Parteien gesondert gehalten wurde, ohne dass wir von besondern Streitigkeiten erfahren; aber sicher ist es, dass gerade die Zeit der grossen Feste die Erbitterung mehrte, dass von den beiderseitigen Kanzeln böse Worte fielen, die sich wohl auch als Neckereien auf die Strasse fortpflanzten³⁾.

Endlich am 27./17. Mai kam das Urtheil des Kammergerichtes; es war von beiden Parteien sehnlichst herbeigewünscht worden, um dem unleidlichen Zustande ein Ende zu machen. Dieses Urtheil, datirt vom 23./13. Mai, wurde im gebotenen, von beiden Parteien besuchten Rathe Montag den 28./18. Mai verlesen: es lautete ganz zu Gunsten des Rathes, das frühere Mandat ist als „unrechtmässig erlangt“ cassirt und die Kläger sind in die Gerichtskosten verurtheilt. In der Begründung wird hauptsächlich hervorgehoben, dass es dem Rathe gelungen sei zu beweisen, dass er aus rein weltlichen Gründen

¹⁾ Ostern N. St. 1. April/22. März. Beginn der Fasten 14./4. Februar.

„ A. St. 19./29. April. „ „ „ 4./14. März.

Die Katholischen hätten also vom 1. April bis 28. April incl. unrechtmässig fasten müssen. Der Sache wurde eine solche Wichtigkeit beigemessen, dass Herzog Wilhelm in einem eigenen Briefe vom 20./10. Februar den Kaiser davon benachrichtigte.

²⁾ So hiessen die Gefängnisse im Rathhause; jetzt dienen sie harmlosen Archivalien zum Aufenthalte.

³⁾ Einen derartigen höhrenden Vers führt Heerbrand in seiner früher citirten Schrift an. Er lautet:

„Papales asini cantaverunt Resurrexi
Cum populus Dei cantavit Oculi mei“.

Der Vers ist übrigens nicht neu. Regiomontan citirt sein Vorbild, wo er über die (noch unaufgeklärte) Abweichung der Bremer Kirche von der allgemeinen Osterfeier spricht vgl. Die Vorgeschichte der Gregorianischen Kalenderreform, Sitzungsber. der k. Akad. in Wien 78, 370 und die Polemik a. a. O. 528. Der Vers passt auf das Jahr 1584, wo Ostern nach neuem Stil um 4 Wochen früher fällt als nach dem alten.

und ohne die Absicht die evangelische Religion zu schädigen die Einführung des Kalenders vorgenommen habe; namentlich das Schreiben an den Städtetag zu Heilbron sowie dessen zustimmende Antwort, welche der Rath beim Kammergerichte producirt hatte, waren als beweiskräftig angesehen worden. Wie es scheint, kam die Entscheidung den Evangelischen unerwartet, denn sie standen ihr in getheilter Stimmung gegenüber. Während die 4 Kirchenpfleger sogleich dagegen protestirt zu haben scheinen, erklärten die andern evangelischen Rathsherren, welche sich früher den Schritten derselben angeschlossen hatten, dass sie gegen dieses Urtheil nichts einzuwenden hätten, da sie nun einsähen, dass der Kalender nur eine politische Sache und nicht wider Gott und ihr Gewissen sei. Daraufhin beschloss der Rath die Publication des Urtheils und energisches Vorgehen. Den drei Kirchenpflegern und Ulrich Hörwart wurde ein Decret zugestellt, nach welchem ihnen bis auf weiteres die Rathssitze entzogen und sie angewiesen wurden sich ruhig mit Vermeidung aller Conventikel in ihren Häusern zu halten; sie wurden, wie man sich ausdrückte, in ihren Häusern verstrickt. In einem offenen Anschlag, dem das Kammergerichts-Urtheil inserirt war, wurde ferner noch am selben Tage die Bürgerschaft davon in Kenntniss gesetzt; bei strenger Strafe wird nun die Haltung des neuen Kalenders in allen Dingen, also auch für die evangelischen Kirchen anbefohlen; der Rath verspricht vollständiges Verzeihen und Vergessen für all' das unliebsame, das ihm in den letzten Zeiten von Angehörigen der Gemeinde zugefügt worden sei, nur die 4 Rathsherren, welche die Unruhen angezettelt hätten, sehe er sich gezwungen zu bestrafen. Am Schlusse wird abermals der Bürgerschaft die Versicherung gegeben, dass die evangelische Confession mit Rücksicht auf den Religionsfrieden und die darüber gemachten Abschiede nicht weniger geschützt und gepflegt werden solle als die katholische.

So schied es denn abermals, als sei die Sache beigelegt, wenn nicht eben das Gewissen und die sorgsam vorbereitete Seligkeit der Prädicanten gewesen wäre. Man hatte sich ja von evangelischer Seite früher auf das zu ihren Gunsten erlangte Mandat soviel zu gute gethan, man hatte in den Kirchen während des Processes um eine günstige Entscheidung gefleht, nun da sie ungünstig ausgefallen war, hatte man kein Recht mehr sich dagegen zu sträuben. Freilich war man im Laufe des Streites etwas davon abgegangen, indem die Prädicanten in der Dijudication vom 9. October (29. Sept.) eine allgemeine Vergleichung der Reichsstände als Bedingung der Annahme bezeichneten; sicher war dies damals nicht unabsichtlich geschehen

und die Streitlustigen hatten jetzt diese Vorsicht nicht zu bereuen; neben dem Gewissenszwang, an den ja doch niemand glaubte, hatten sie sogleich eine neue Waffe zur Hand. Dass diese benützt werden würde und dass der Handel nicht zu Ende sei, zeigte sich gleich am nächsten Tage. In die Rathssitzung kamen die Evangelischen nicht mit Ausnahme jener fünf, welche sich der Rathspartei von Anfang an angeschlossen hatten; dafür erschien eine Supplication der Prädicanten: sie hoffen darin, dass man bei dem Mandate, in welchem die Haltung der Feiertage nach dem neuen Kalender anbefohlen wurde, nicht an sie gedacht habe, wäre dies aber geschehen, so könnten sie in Rücksicht auf Gewissen und Seligkeit und ohne sich von ihren Glaubensbrüdern abzusondern diesem Befehle nicht nachkommen; der Rath möge dies berücksichtigen. Die Supplication wurde nicht beantwortet, dagegen gestatteten die Stadtpfleger, dass mehrere Advocaten mit einer Vertrauensperson der Prädicanten einen Ausgleich anbahnten; die von ihnen verfasste Vergleichsschrift wurde durchberathen und dem Kirchenministerium vorgelegt; dasselbe stellte aber als Bedingung der Annahme des Vergleichs solche Forderungen, dass die Stadtpfleger die Verhandlungen einstellen liessen.

Sehr gespannt war nun die Bevölkerung, was die Prädicanten bezüglich des Himmelfahrtstages thun würden; fügten sie sich dem Befehl des Rathes von nun an alle Feiertage nach neuem Stil zu feiern, so kam die evangelische Gemeinde gänzlich um dieses Fest, denn die Katholischen hatten dasselbe nach dem neuen Kalender schon gefeiert, während es nach dem alten erst auf den 7. Juni (28. Mai) gefallen wäre¹⁾. Am Sonntagmorgen war daher grosser Zulauf zu den Predigern der Evangelischen und in der That wagten es diese das Fest für den kommenden Donnerstag der Gemeinde anzusagen. Natürlich bemächtigte sich darob grosse Aufregung der Bürgerschaft, die Evangelischen triumphirten und die Katholischen zetterten über die Nachgiebigkeit des Rathes. Da machten zu Mittag Trompetenstösse vom Perlachthurme der Ungewissheit ein Ende: es wurde neuerdings das seit 7 Tagen angeschlagene Rathsdecret verlesen und verkündet, dass bei schwerer Strafe alle Bürger am kommenden Donnerstag die Läden offen halten und den Wochenmarkt

¹⁾ Ostern N. St. 1. April (22. März). Ascensio domini 10. Mai (30. April).

„ A. St. 19. April (29. April). „ „ 28. Mai (7. Juni).

Verkündigung des Mandats Montag den 28./18. Mai. Sonntag an dem das Fest nach A. St. angekündigt werden sollte: 3. Juni (24. Mai), Donnerstag darauf das Fest.

ungestört vor sich gehen lassen müssten. Damit nicht genug, entschloss sich der Rath zu energischem Auftreten. In der Sitzung vom nächsten Tage wurde die Ausweisung des Hauptes der Prädicanten, des Superintendenten und Pfarrers bei St. Anna Dr. Georg Müller (Mylius) beschlossen¹⁾ und der Stadtvogt mit der sofortigen Durchführung des Ausweisungsdecretes beauftragt.

Zu dem Behufe begab sich der Stadtvogt zur Mittagszeit, wo er die meisten Bürger beim Essen wählte, in einer Kutsche zum Annenstifte und übermittelte Müller das Rathsdecret mit der Aufforderung ihm sogleich zu folgen. Dieser erklärte sich dazu bereit, nahm Abschied von Weib und Kind und setzte sich mit dem Stadtvogt in die Kutsche, die behäbig von dannen rollte. Bald wurde aber diese gemüthliche Procedur aufs empfindlichste unterbrochen. Die Frau des Müller sowie die im Annenstifte untergebrachten Studenten machten einen solchen Lärm, dass innerhalb der wenigen Minuten, welche die Kutsche vom Stifte bis zum Göggingerthor zu fahren hatte, eine genügende Anzahl von Menschen vorhanden war, um sie anhalten zu können. Der Lenker des Gefährtes wurde von seinem Sitze heruntergeschlagen, den Pferden die Stränge durchschnitten und Dr. Müller aus der Kutsche hervorgeholt. Wohl kam dem Stadtvogte die nahe Thorwache zu Hilfe und feuerte auch einige blinde Schreckschüsse ab, aber die Menge war inzwischen derart angewachsen, dass es das Häuflein Knechte nicht mehr hindern konnte, dass Müller in ein nahegelegenes Haus in Sicherheit gebracht wurde; alle Versuche ihn aus demselben wieder herauszubringen blieben erfolglos, und so hielt es der Stadtvogt für das beste sich durch die wildtobende Menge zum Stadthause durchzuschlagen, was ihm denn auch unter vielen Fährlichkeiten gelang²⁾. Die Kunde von diesen Vorfällen ging wie ein

¹⁾ Schon am 18./28. September des Vorjahres hatte der Kaiser dem Rathe diese Massregel anempfohlen.

²⁾ Ich folge bei der Erzählung des Tumultes den „Acta“, die sich mir auch sonst als zuverlässig erwiesen haben, obwohl ich auch einen Bericht „von einem der dabei gewesen“ vor mir habe. Dieser Augenzeuge ist ein Goldschmiedeselle, der mit mehreren Genossen an diesem Montage blau machte und eben beim Annenstifte war, als Müller weggeführt wurde. Er stellt die Sache so dar, dass Landsknechte das Haus umstellt hatten und dann zur Bedeckung der Kutsche hinterher zogen; am Göggingerthor hätte er und seine Genossen mit diesen gekämpft, wobei es beiderseitig Tode und Verwundete gegeben habe. Die ganze Darstellung, welche nebst kurzer Einleitung nur die Ereignisse dieses Tages umfasst, ist recht frisch erzählt, aber heldenhaft aufgeputzt und sie ist für uns nur insofern wichtig, als sie uns einen Blick in die Gereiztheit der damals herrschenden Stimmung thun lässt. Interessant ist es, dass der Verfasser berichtet, es hätte

Lauffeuer durch die Stadt und aller Orten strömten die Bürger und Handwerker zu den Waffen; der Rath liess auf des Vogtes Meldung sogleich alle Zugänge zur innern Stadt schliessen und besetzen, aber die Vorstädte waren der aufgeregten Menge preisgegeben, sodass das Jesuitencollegium und die Fuggerhäuser in ernster Gefahr schwebten. Vor allen thaten sich die Weber und Metzger hervor; jene plünderten das Zeughaus, diesen gelang es sogar trotz der Massregeln des Rathes sich bis zum Perlachberge den Weg zu bahnen. Als sie nämlich von der Jacober-Vorstadt heranzogen, wurde ihnen der Gatter am Baarfüsserthore geöffnet, da sie drohten ihn widrigenfalls durchzuschlagen, und so war bald das Rathhaus von einer heftig aufgeregten Menschenmenge dicht umlagert; durch diese sollte sich der Vogt mit einem inzwischen gesammelten grösseren Haufen Knechte den Weg bahnen; eine Salve in die Luft vermochte sie nicht zu zerstreuen, bald kam es zu scharfen Schüssen und hiebei wurde der Stadtvogt durch einen aus einem Hause abgegebenen Schuss schwer am Arme verwundet. Die Lage der im Rathhause versammelten Herren von der katholischen Partei war sicherlich nicht sehr erquicklich, mussten sie doch auch Rufe von Sturm und Mord aus der aufgeregten Menge herauf hören; in ihrer Noth schickten sie um die Prädicanten, um mit ihnen über die Stillung des Aufruhrs zu berathen. Auf welchen Wegen diese dahin gebracht wurden, wissen wir nicht, die Kunde aber, dass die Prädicanten sich im Rathhause befänden, trug keineswegs dazu bei die Menge zu beschwichtigen, da sie fürchtete, der Rath möge ihnen ein Leid zufügen; an rasche Executionen war man ja in Augsburg gewöhnt. Erst als dieselben wohlbehalten von der Rathsstube herniederstiegen, legte sich der Sturm und nach langem Zureden von ihrer Seite verlief sich allmählig die Menge vom Perlachberg. So gewann der Rath Luft; rasch wurde das Rathhaus und die Geschlechterstube mit starker Besatzung versehen, ja der Rath wagte es sogar

schon auf der Lechbrücke eine Kutsche bereit gestanden, in welche Müller geschmiedet und über München nach Rom gebracht werden sollte; dasselbe erzählt übrigens auch Müller selbst in seinen „Augsburgischen Händel“ und als unglaubliches Gerücht wird es auch von dem Verfasser der „Acta“ verzeichnet. Es wäre wohl ganz überflüssig dieses Gerede zu verzeichnen, wenn es nicht ein Stimmungsbild böte und wenn es nicht zu Parteizwecken ausgebeutet worden wäre. Dass dies geschah, bezeugt mir die „deutsche Uebersetzung“ eines Briefes Gregor XIII. in den Kalender-Acten des Augsburger Archivs, in welchem der Papst den Stadtrath auffordert ihm den Eraketer Müller zur Bestrafung nach Rom zu senden. Die Fälschung ist heiter genug; der Anfang: „Wir Gregorius XIII. erwelter bestetigter Babst embieten unsern Gruss zuvor. Edl wolgeboren . . . Stadtpfleger“ etc. möge genügen.

die vermeintlichen Haupträdelsführer gefänglich einzuziehen. Die Ruhe war freilich damit nicht hergestellt; ein panischer Schrecken scheint sich der Wohlhabenden bemächtigt zu haben, die Häuser wurden verrammelt und aller Orten wurde zur Flucht gerüstet; noch am Abend desselben Tages verliessen viele von den Geschlechtern die Stadt, um auf ihren Landsitzen sich und ihre beste Habe in Sicherheit zu bringen.

Am nächsten Morgen war die Situation wenig geändert, nur insofern hatte sich die Lage des Rathes gebessert, als in der Nacht alle Thore mit Geschützen versehen und etwa 200 neue Knechte aus dem reislaufenden um die Stadt lagernden Gesindel angeworben worden waren. Aber auch die Bürgerschaft war bewaffnet, theils in den Häusern, für deren Vertheidigung man sogar auf eigene Kosten Landsknechte angeworben hatte, theils auf den Strassen, welche von tausenden bewaffneter Handwerker durchzogen wurden. Dazwischen bewegte sich eine zahllose Wagenmenge den Thoren zu, die flüchtende Familien mit ihrer Habe in Sicherheit bringen sollten, und unter ihr gelang es auch dem Dr. Müller, der die Nacht im sicheren Verstecke zugebracht hatte, in Weiberkleidern in der Kutsche der Witwe v. Stetten aus der Stadt zu entkommen¹⁾. Man ging nun auch daran einen Vergleich anzubahnen; die Anregung hiez zu kam von den Geschlechtern und Kaufleuten, die gemeinsam von ihren Stuben weg eine Deputation an den Rath sandten mit der Anfrage, wann und wie dieser gewillt sei sich mit der Gemeinde zu vertragen. Nach längeren Verhandlungen bequeme sich dieser dazu mit drei Ausschüssen, die aus den beiden Stuben und der Gemeinde gebildet werden sollten, über einen Vergleich zu verhandeln. Noch am selben Tage traten diese, 24 Mann stark, mit den Abgeordneten des Rathes zusammen. Die Berathungen des ersten Tages verliefen völlig resultatlos, nachdem die Forderung des Rathes, man solle den neuen Kalender gemäss dem Kammergerichts-Urtheile annehmen, von den Ausschüssen der Gemeinde kurzweg abgewiesen worden war; auch am folgenden Tage drohten die Verhandlungen anfangs unnütz zu werden, bis endlich der Rath drohte, er werde den Kaiser um Execution angehen und zu bedenken

¹⁾ Müller ging zunächst nach Lauingen und dann nach Ulm, wo er gastliche Aufnahme fand. Das Ansinnen, welches der Kaiser am 25./15. Juni 1584 an den dortigen Rath stellte, ihm wegen seiner fortgesetzten Hetzereien das Gastrecht zu kündigen, wies dieser energisch zurück. Nicht lange aber kann er sich in Ulm aufgehalten haben, denn in seiner eingangs erwähnten Schrift vom Jahre 1586 unterschreibt er sich als „Professor und Cancellarius bei der löblichen Universität, auch Präpositus in der Stiftskirche zu Wittemberg“.

gab, dass dann die ausserhalb der Stadt gelegenen Güter der Evangelischen von den katholischen Nachbarn eingezogen werden könnten auch das Bedürfniss nach Ruhe mag sich beim Rathe sowohl als bei den Vertretern der Geschlechter und Kaufleute geltend gemacht haben und so wurde schliesslich an diesem Tage beschlossen, dass die Evangelischen am kommenden Donnerstag den Himmelfahrtstag feiern dürften, aber es müssten dabei alle Läden gleichwie an einem Werktag offen sein, wobei aber niemand gehindert werden solle je nach seinem Willen zu feiern oder zu arbeiten. Das war freilich nur ein Compromiss für einige Tage, aber er hatte wenigstens den Erfolg, dass die aufgeregten Gemüther in etwas besänftigt wurden; denn Zündstoff gab es noch genug, die aufregendsten Gerüchte schwirrten durch die Luft, so unter andern, dass die Landsknechte den Befehl gehabt hätten im Falle des Wachsens des Aufstandes alles niederzuschlagen und auch Weiber und Kinder nicht zu schonen. Der Rath war bemüht die Ausstreuer dieses Gerüchtes zu ermitteln, alle Verhöre jedoch, welche zu diesem Zwecke an derlei Reden führenden Personen vorgenommen wurden, blieben erfolglos. Namentlich aber das Gerücht, dass der Baiernherzog mit einigen tausend Mann dem Rathe zu Hilfe heranziehe, beunruhigte die Bürger, und als zufällig der Thürmer am Perlachthurme ein Schornsteinfeuer avisirte, da bemächtigte sich der Menge panischer Schrecken, da man das Hornsignal als Zeichen für das Heranziehen des Feindes ansah.

Die Lage am nächsten Tage war insofern eine bessere, als die Läden wieder offen waren und auch der Wochenmarkt abgehalten wurde; freilich war er schwach besucht, da das Landvolk noch Bedenken trug sich in die unruhige Stadt zu begeben. An Aufregung fehlte es aber auch an diesem Tage nicht, denn es war das Leichenbegängniss der Frau des Dr. Müller, welche wohl in Folge des ausgestandenen Schreckens im hochschwangeren Zustande gestorben war. Eine ungeheure Menschenmenge gab ihr, so melden die Chronisten, das letzte Geleite, während sich ihr verbannter Gatte schon hinter den schützenden Mauern von Ulm geborgen hatte.

Die Nachgiebigkeit, welche der Rath dadurch gezeigt hatte, dass er die kirchliche Feier des Auffahrtstages bewilligte, machte auch die Ausschüsse der Gemeinde zu einem Vergleiche geneigt, aber die Prädicanten waren nicht zum Nachgeben zu bewegen; am 8. Juni (29. Mai) wies man ihnen eine Schrift, in welcher der Rath verspricht, dass ihnen in ihrer Lehre und Freiheit durchaus kein Abbruch geschehen solle, sie nahmen die Schrift an, erklärten aber fünf Tage zu ihrer Prüfung zu bedürfen. Wollen wir dem Verfasser der „Acta“,

welcher allem Anscheine nach Protestant ist, glauben, so waren die Ausschüsse und überhaupt viele von der Gemeinde mit diesem Gebahren der Prädicanten durchaus nicht einverstanden; man ersahnte den Frieden, zumal sich dieser schwankende Zustand schon recht unangenehm fühlbar machte. Abgesehen davon, dass mancher Bürger mit Schauern an seinen Steuersäckel dachte, wenn er die so zahlreich vermehrte Stadtguardia sah, so hatten die Unruhen auch für Handel und Wandel nachtheilige Folgen. Herzog Wilhelm sowohl als Erzherzog Ferdinand liessen in Augsburg durch offene Patente erklären, dass sie jeden Augsburger in Haft nehmen würden, der sich ohne ein vom Rathe ausgestelltes Zeugniß, dass er sich während der letzten Tage ruhig verhalten habe, in ihren Landen würde blicken lassen¹⁾. Wilhelm ging noch weiter und verbot den Augsburger Metzgern in seinem Territorium Vieh zu kaufen und den Krämern auf den Jahrmärkten Waren feil zu haben. Der Rath hielt auch noch immer die Thore besetzt und übte strenge Controle an allen Passanten; da gelang es denn auch zwei Briefe des Dr. Müller aufzufangen; dieselben wurden vom Stadtschreiber in Gegenwart des einen Adressaten, des Kaufmanns Zobel — der andere war ein Prediger, dem man vielleicht diese Rücksicht nicht schuldig zu sein glaubte — eröffnet und, nachdem ihr aufreizender Inhalt constatirt worden war, zurückbehalten und in Copie dem Kaiser eingeschickt, wie denn der Rath auch schon am Tage des Tumultes an die kaiserliche Kanzlei Bericht erstattet und den Herzog Wilhelm um schleunige Hilfe angegangen hatte.

Der nächste Tag brachte dem Rathe unwillkommene Gäste; es kamen nämlich Gesandte der Stadt Ulm und des Herzogs von Württemberg an, um den Streit zu schlichten; sie mussten um so unwillkommener sein, als Müller in einem der aufgefangenen Briefe sie angekündigt hatte mit der Bemerkung, sie seien zur Unterstützung der evangelischen Religion gesandt, ja noch hinzufügte, dass man allgemein in Ulm die Güte und Gelindigkeit der Bürgerschaft und des Predigeramtes schelte und bedaure, „dass man die angefangene Handlung der Gemeinde nicht hat fortgehen lassen“. Der Empfang der Gesandten mag daher nicht sehr freundlich von Seite der Stadtpfleger gewesen sein und es wurde ihnen bedeutet, dass sie nach altem Herkommen zuerst ihnen, den Stadtpflegern, den Zweck ihres Besuches

¹⁾ Das betreffende Patent vom 10. Juni (31. Mai) des Erzherzogs Ferdinand ist im Concept im Statthaltereii-Archiv zu Innsbruck. Am 28./18. Juni wurde dasselbe wieder aufgehoben (Rathsprotokolle der Stadt Innsbruck ebend.) und mehrere in der Markgrafschaft Burgau gefangen gesetzte Augsburger auf Bitten des Rathes ihrer Haft wieder entlassen.

genau angeben müssten, ehe sie im Rathe oder sonst wo Botschaft und Handlung pflegen könnten; man hätte um so weniger Grund diesmal von der Sitte abzuweichen, als man sich noch lebhaft erinnere, dass die erste Württembergische Gesandtschaft die Dinge mehr verwirrt als entwirrt habe. Die Gesandten gaben hierauf als Zweck an bei einem gütlichen Vergleiche behilflich zu sein und baten, da sie diese einleitenden Schritte als nothwendig ansähen, um Zurückberufung des Dr. Müller und um Freilassung der vier verstrickten Rathsherren. Beide Forderungen schlugen die Stadtpfleger rundweg ab, statteten aber dann den Gesandten ihren Gegenbesuch in der Herberge ab und auf ihre Einladung begannen nachmittags in der Rathstube die Verhandlungen, zu denen die drei Ausschüsse und auch die Prädicanten beigezogen wurden.

Nach zweitägigen Verhandlungen, wobei sich der Rath selbst zur Erklärung herbeiliess, er wolle, um der widerspenstigen Prädicanten ledig zu werden, neue, die ihm von den Gesandten angegeben würden, anstellen und den alten solange ihren Gehalt weiterzahlen, bis sie anderswo Versorgung gefunden haben würden, kam ein Vergleich am 14./4 Juni zu Stande: der neue Kalender sollte auch in den evangelischen Kirchen eingeführt werden, jedoch könnten die Prediger auf den Kanzeln eine Erklärung dagegen verlesen; andererseits verpflichtet sich der Rath eidlich und brieflich, dass er der evangelischen Religion keinen Abbruch thun werde. Ueberdies entliess der Rath die vier Rathspersonen aus dem Hausarreste, doch konnte er nicht dazu bewogen werden sie wieder in die ihnen entzogenen Rathssitze einzusetzen; auch mussten sie vor den Gesandten eine Erklärung abgeben, dass sie in ihren in den Processschriften gegen den Rath gemachten Ausfällen denselben nicht an seiner Ehre hätten angreifen wollen, über welche Erklärung die Gesandten dem Rathe eine Urkunde ausstellten. Der Rath gestattete überdies den Predigern das Pfingstfest, um das sonst die Evangelischen ganz gekommen wären, nach dem alten Kalender zu feiern¹⁾. Viel hatte zu dem Nachgeben der Prädicanten beigetragen, dass die Universität Tübingen in einem Gutachten die Annahme des Kalenders als erlaubt hingestellt hatte, da sie durch die Zwangslage hiezu genöthigt seien und durch ihren bisherigen Widerstand hinlänglich gezeigt hätten, dass sie sich von ihren Glaubensgenossen nicht trennen wollten²⁾.

¹⁾ Pfingsten N. St. 20. Mai (10. Mai): A. St. 7. Juni (17. Juni).

²⁾ Dieses Gutachten kam mir nicht zu Gesicht, ich weiss von ihm nur durch die „Acta“. Offenbar hatte es den gleichen Inhalt, wie das Tübingens an die steirischen Prädicanten, bei Sattler a. a. O. Beil. p. 66. vgl. Zahn, Der Kalenderstreit in Steiermark, Mittheil. des hist. Ver. f. Steiermark 1864. p. 146.

Am Sonntag darauf, am 17./7. Juni feierten die Evangelischen ihr Pfingstfest und da verlasen die Prädicanten eine Schrift, worin die Gemeinde von der vorgenommenen Einigung verständigt und der Rath von dem „Verdachte“ gereinigt wird, als ob er durch Annahme des Kalenders wider den Religionsfrieden gehandelt und einen gefährlichen Eingriff in das Kirchenwesen gethan hätte; am morgigen Tage, wo sie sich durch die Gunst des Rathes noch weiter am Pfingstfest würden ergötzen können, werde die Gemeinde noch ausführlicheres erfahren. Die am nächsten Tage verlesene weitläufige Schrift betitelt sich: Pro- testation, ist aber entsprechend der Anzeige vom Vortage in sehr ver- söhnlichem Sinne abgefasst. Der Name rechtfertigt sich in insofern, als die Prediger vor der ganzen Welt erklären, dass sie bei der An- nahme des Kalenders keine Rücksicht auf den Papst nehmen, noch viel weniger ihn als das Haupt der christlichen und ihrer Kirche an- sehen und ihm auch nicht in dem geringsten Punkte unterwürfig sein wollten; auch wollten sie sich durch ihr Vorgehen nicht im geringsten von der Gemeinschaft mit der Augsburgischen Confession losgesagt haben. Der andere Theil dieses Schriftstückes athmet lauterer Hirten- gemüth und besten Gehorsam gegen die Obrigkeit. Gar ungern hätten sie sich entschlossen gegen dieselbe Partei zu nehmen, nur durch den Gewissensdrang seien sie hiezu genöthigt worden, weil sie näm- lich meinten, der Rath wolle damit nur den Anfang machen mancherlei der evangelischen Religion abträglichen einzuführen, und weil sie fürchten mussten, dass die andern evangelischen Stände und Kirchen wähnen könnten, sie wollten aus Furcht und Kleinmüthigkeit die Einig- keit des Handelns mit ihnen aufgeben. Da sie vor ihren Glaubens- genossen hinlänglich Proben ihres evangelischen Eifers abgelegt hätten und es durch die „herzliche“ Erklärung des Rathes ihnen und, was sie früher nicht gewusst hätten, dem Kurfürsten Ludwig v. d. Pfalz und dem Städtetag von Heilbron gegenüber sicher sei, dass ihre Religion nicht geschädigt, sondern vielmehr beschützt werden solle, und weil sie jetzt einsähen, dass der Kalender nur aus weltlichen und politi- schen Gründen eingeführt worden sei, woran sie früher gezweifelt, so hätten sie sich jetzt entschlossen in diesem Punkte gehorsam zu sein. Zu ihrem Entschlusse habe auch beigetragen, dass sie sonst ihre Kirchen hätten verlassen und die Gemeinde des lieben Wortes Gottes hätten berauben müssen, wovon sie viele gutherzige fromme Glaubensgenossen abgehalten hätten. Nach einer Ermahnung und Bitte an die Gemeinde, ihrem Beispiele zu folgen und dem Rathe ge- horsam zu sein, schliessen sie mit der Versicherung stets dahin wirken

zu wollen, dass Friede und Eintracht zwischen den beiden Confessionen in der Stadt bestehen bleiben¹⁾.

Damit ist formell der Augsburger Kalenderstreit abgeschlossen, denn beide Parteien hatten ja den Kalender jetzt in Anwendung und alles schwimmt in diesen Tagen in Versöhnung und Friedensfreude. Aber der Streit hatte noch andere Fragen gezeitigt, er hatte die Gemüther so sehr gegeneinander verbittert, dass die Ruhe von sehr geringer Dauer war, und gerade in den nun folgenden Händeln sieht man, dass beim Widerstand gegen den Rath weitgehende Hintergedanken waren. Nicht den geringsten Theil der Schuld dafür, dass die Stadt noch nicht dauernden Frieden geniessen konnte, trifft die Prädicanten, eben dieselben, welche am 18./8. Juni so versöhnliche und schöne Worte zur Gemeinde gesprochen hatten; sie waren es, welche eine neue Frage aufwarfen und mit derselben Zähigkeit verfochten als die eben abgethane.

Es ist dies der Streit wegen des Modus der Berufung der Prädicanten. Bis zum Jahre 1552 hatte der Rath dieselben bestellt und von den Berufenen auch die Unterschrift eines Reverses verlangt, nach welchem sie sich zu Gehorsam und strengem Halten an das Wort der Augsburger Confession verpflichteten. Vielleicht bei der kurzen Aenderung der Verfassung in diesem Jahre war dies abgekommen, denn von da an berief das Kirchenministerium der Evangelischen und dem Rathe blieb nur das Bestätigungsrecht vorbehalten. Zu Anfang des Jahres 1584 waren wieder zwei Stellen zu besetzen und der Sitte gemäss nahm das Ministerium durch die Kirchenpfleger die Ernennung vor; die 2 Berufenen wurden aber von den Stadtpflegern nicht bestätigt, es wurde vielmehr mit Hinweis auf den unruhigen Sinn der Prediger die alte Norm wieder hervorgeholt und von Rathswegen 2 Prediger berufen, welche nach Unterschreibung des Reverses bestallt wurden. Namentlich einer derselben, Johann Mekart, war den Prädicanten sehr unlieb und so verweigerten sie ihm jeden Verkehr und Sitz im Consistorium. Diese Angelegenheit war bei den Verhandlungen des Rathes mit den Württembergisch-Ulmischen Gesandten offen geblieben; wahrscheinlich hatte der Rath gar nicht daran gedacht sie dabei anzuregen, da er Unterstützung von ihrer Seite kaum zu erwarten gehabt hätte. Gleich nach dem Pfingstfeste aber muss

¹⁾ Abdruck der Anzeyg und Protestation, so auff Sontag den 17. Junii und den nechsten Montag hernach Anno 1584 stylo novo zu Augspurg in den Kirchen Augspurgischer Confession verlesen worden. (Gedruckt Augsburg) 1584, davon wiederabgedruckt in den „Acta“.

die Frage wieder aufgetaucht sein, wahrscheinlich dadurch, dass die beiden dem neuen Modus nach ernannten Prädicanten von ihren Collegen noch immer gemieden, ja wie uns im Commissionsberichte gesagt wird, Verräther am wahren Evangelium gescholten wurden. Auch war des Kalenders halber nicht völlig die Ruhe hergestellt: viele aus der Bürgerschaft hielten die Festtage noch nach dem alten und forderten laut die Zurückberufung des Dr. Müller; auch machte es böses Blut, dass der Rath die angeworbenen Knechte nicht sofort entliess, und dieser letzte Punkt veranlasste sogar Herzog Ludwig von Württemberg ein diesbezügliches Mahnschreiben an den Rath zu richten und die Entlassung der Söldner sowie Milderung der Strafe für die noch immer gefangen gehaltenen Rädelsführer des Tumultes zu verlangen. Der Rath erwiderte, er könne den Stand der Guardia nicht auf den ruhiger Zeiten reduciren, denn selbst nach dem Vergleiche hätten manche Bürger die Verschanzung und Bewaffnung ihrer Häuser fortgesetzt und überhaupt sei die Gefahr vor Unruhen noch keineswegs beseitigt; er ersucht schliesslich ganz ernstlich den Herzog die Unruhestifter durch ähnliche Einmischungen nicht ferner gegenüber der Obrigkeit in Schutz zu nehmen und zu ermuntern. Dies alles veranlasste endlich die Absendung einer kaiserlichen Commission in die unruhige Stadt. Rudolf hatte, wie wir gesehen haben, dies früher schon einmal geplant, war aber, da er keine Commissäre fand, davon wieder abgestanden. Als die Dinge nach Publication des Kammergerichts-Urtheils abermals eine bedenkliche Wendung genommen hatten und der Kaiser hievon vom Rathe benachrichtigt worden war, nahm er den Gedanken wieder auf, vornehmlich bestimmt durch eine Eingabe des Landsbergischen Schirmvereins vom 13./3. Juni; in derselben wird ausgeführt, dass über Antrag des Oberhauptmanns (Baierns) eine Werbung unter den Bundesgliedern wegen Augsburg ausgeschrieben worden sei; es wird auf den immer gefährlicher werdenden Zustand in der Stadt hingewiesen und es werden einzelne Beispiele von Renitenz der Bürgerschaft und von Conventikeln bei den Prädicanten angeführt. Vor allem aber sei zu bedenken, dass ohne vorhergegangene Beilegung der Streitigkeiten die kommende Rathswahl kaum nach der Karolinischen Wahlordnung vor sich gehen werde. Man habe, so fährt das Schreiben fort, beschlossen nöthigenfalls der verbündeten Stadt jede Hilfe zu gewähren; als das wünschenswertheste aber sei ein gütlicher Vergleich anzusehen, zu dessen Herbeiführung der Kaiser durch Absendung einer Commission hilfreiche Hand reichen möge. Auch von anderer, unmittelbar gar nicht betheiligter Seite wurde an den Kaiser das Ansinnen ge-

stellt einzugreifen, und es ist dies ein Beweis dafür, dass man den Dingen, welche sich in der alten Reichsstadt entwickelten, allgemeine Aufmerksamkeit schenkte. Es war der Kurfürst von Brandenburg, welcher am 8./18. Juli an den Kaiser in diesem Sinne schrieb; er hat natürlich protestantische Zeitung über die Händel erhalten und da dünkt es ihm nun, dass die Päpstlichen hin und wieder versuchen würden, wie sie die Augsburger Confession austilgen könnten; daraus aber möchte im deutschen Reiche ein Feuer entstehen, welches nicht so leicht zu stillen sein würde. Der Kurfürst sieht in dem Vorgehen des Rathes einen Bruch des Religionsfriedens und bittet den Kaiser ihm diesen ernstlich zu verweisen und durch eine Commission dafür zu sorgen, dass von nun an beide Parteien ruhig nebeneinander leben könnten.

Es war auch höchste Zeit, dass die Commission abging, denn auch nach aussen hin gestalteten sich die Verhältnisse des Rathes bedrohlich. Vielleicht aus Demonstration gegen den Beschluss des Landsbergischen Schirmvereins, dessen Hauptmann ein entschiedener Freund der Rathspartei war, begann nun auch der unter dem Einflusse des Herzogs von Württemberg, des besten Freundes der Prädicantenpartei, stehende schwäbische Kreis sich mit den Augsburger Händeln zu beschäftigen. In diesem Sinne schrieb Ludwig im Juli einen Tag der Kreis- und Kriegs-Obersten nach Aurach aus, wobei er in der Einladung als Gegenstand der Berathung angibt, ob und wie man sich der zu Augsburg vorgenommenen, gefährlichen und unrichtigen Handlungen von Kreiswegen annehmen und wie, wenn die Sache drohender werden sollte, schleunige Abhilfe geschafft werden könne. In energischer Weise nun verwahrte sich der Rath dem Verordnneten-tage des Kreises gegenüber gegen jede Einmischung als der Kreisordnung zuwider und kritisirte in schärfster Weise das Vorgehen Württembergs. Er weist nach, wie parteiisch namentlich das erstemal dessen Gesandte vorgegangen seien und dadurch nur noch mehr Zündstoff angehäuft hätten, wie des Herzogs Hochschule Tübingen durch Wort und Schrift den Hader geschürt habe und wie gerade die Hoffnung auf Unterstützung durch den Herzog und den Kreis die unruhigen Gemüther noch mehr in ihrem Widerstande bestärke. Es kam nun auch zu keiner Einmischung, denn einerseits hatten die Abgesandten zu Aurach von ihren Herren keine so weit gehenden Instructionen erhalten und andererseits war inzwischen wirklich die kaiserliche Commission in Augsburg angelangt. Diesmal hatte sich der Kaiser keiner abschlägigen Antwort wie das erstemal ausgesetzt, sondern hatte neben dem Herzog Wilhelm von Baiern auf dessen

Vorschlag den Grafen Wilhelm von Oetting als Commissär ernannt. Wilhelm unterzog seine Person jedoch nicht den Beschwerden dieses Amtes, sondern ernannte zu seinen Subdelegirten den Land- und Hofmeister und Oberstkämmerer Otto Heinrich Grafen zu Schwarzenberg, den Hauptmann zu Burghausen und Pfleger von Schärding Wolf Wilhelm von Maxelrain Freiherrn zu Waldegg und den Hofkanzler und Pfleger zu Traunstein Dr. Christof Elsenheimer.

Am 29./19. Juli kamen diese vier Herren zu Augsburg an und begannen schon am nächsten Tage nach den üblichen Formalitäten ihre Arbeit, als welche sie bei Ueberreichung der Creditive neben Stillung der Unruhe ausdrücklich auch die Ueberwachung der nächsten Rathswahl angaben. Gleich zu Beginn der Verhandlungen, bei denen als Vertreter des Rathes der Advocat Dr. Tradel fungirte, bekam die Commission einen Vorgeschmack der Weitläufigkeiten, mit denen sie es zu thun haben sollte. Es waren nämlich vom Rathe die Ausschüsse der beiden Stuben zur Verhandlung aufgefordert und überdies eine Anzahl aus der Gemeinde beschieden worden; während letztere in dem Dr. Danbeck einen Vertreter aufstellten, der sich zu sofortiger Verhandlung verstand, erklärten die beiden Ausschüsse, sie könnten nur schriftlich verhandeln, da sie stets mit ihren „Verwandten“, also den Stubengenossen Vorberathungen pflegen müssten. Nach langem Gezänke, wobei von Seite des Rathes bemerkt wurde, dass sie einst den Württembergischen Gesandten gegenüber keine solchen Bedenken gehabt hätten, einigte man sich dahin, dass sie sich genügende Vollmacht von ihren Stuben für den kommenden Tag zu verschaffen hätten und dann am Schlusse der Verhandlungen deren Zustimmung einholen sollten.

Die Commission vertrat die ganz richtige Ansicht, dass, ehe Mittel zur Vergleichung und Beruhigung der Gemüther aufgestellt werden könnten, sie sich vorher über die Lage klar werden müsste, und begann daher mit den verschiedenen Gruppen gesondert die Verhandlungen. Gleich von der ersten konnte sie sehr befriedigt sein; die Rathsherren nämlich, welche sich der Klage der drei Kirchenpfleger und Ulrich Hörwärts angeschlossen hatten, erklärten der Commission, sie hätten sich zum Theil des Gewissens halber, zum Theil aber aus Mangel genügender Einsicht den Klägern und überhaupt der Opposition angeschlossen; nach Cassirung des ersten Kammergerichts-Mandates aber hätten sie ihren Irrthum erkannt und seien wieder in volles Einverständniss mit ihren katholischen Rathscollegen getreten; als Ursache des Tumultes gaben sie einzig die Kalendersache und die auf-

reizenden Predigten der Prädicanten an. Auf diese der Commission natürlich sehr willkommene Erklärung begann die Unterhandlung mit den beiden Stuben und hiebei ging die Commission von ihrem ursprünglichen Plane ab mit den Ausschüssen zu verhandeln, sie unterzog jetzt eine Anzahl der Stubengenossen selbst einem Verhör, um sich über die Beschwerden und Bestrebungen, welche die Streitigkeiten entzündet hatten, klar zu werden.

Einzeln mit dem zu Anfang abgenommenen Versprechen das Verhör geheim zu halten wurden vom 2. bis 12. August 117 Männer vorgefordert und ihnen anfänglich 17 Fragen vorgelegt, die aber schon am zweiten Tage in 4 zusammengezogen wurden¹⁾. Die Fragen umspannen sowohl die Vergangenheit als die Zukunft der Stadt, erstere, indem sie den Ursachen der Verbitterung nachgehen und erforschen wollen, ob der Rath der Augsburger Confession jemals Eintrag gethan, die Prädicanten schlecht gehalten und jemand mit Justiz oder Eingriff in Gewissenssachen beschwert habe, letztere, weil man auch dahinter kommen wollte, ob eine Umwälzung des gegenwärtigen Regiments geplant würde, und weil man von jedem das Versprechen zu erhalten strebte, von nun an ruhig zu sein und auch seine Beihilfe zur Herstellung und Erhaltung der Ruhe zu leihen. Je nach der Confession richteten sich natürlich die Antworten: unter den Katholischen ragen die der Fugger durch Selbstbewusstsein und Klarheit hervor; einzig den Prädicanten, vor allem dem Dr. Müller und dem Muthwillen einiger aus der Gemeinde wird die Schuld an allem Unheil zugeschrieben; ihr einziger Wunsch ist, dass das Stadtreghiment so bleibe, wie es jetzt sei, und Hans Fugger lässt sich sogar zur Bemerkung hinreissen, dass, wenn irgend eine Aenderung vorgenommen werden sollte, er sofort auswandern würde. Wichtiger für uns sind die Aussagen der Evangelischen und da zeigt es sich denn in der That, dass grosse Unzufriedenheit über das gegenwärtige Regiment sowohl im allgemeinen als im besonderen herrschte. Wenn es auch keiner wagte zuzugestehen, dass er an eine Aenderung denke, obwohl sich einige für eventuell kommende Fälle in der Weise sicherten, dass sie erklärten, sie dächten „dermalen“ an keine Aenderung, so begegnen wir doch sehr häufig der Klage, dass ein Missverhältniss bestehe zwischen der Anzahl der katholischen Rathsstimmen und der Zahl der Evangelischen in der Bürgerschaft, dass zum mindesten die Besetzung gleichmässig vorgenommen werden müsste; einige namentlich aus der Sippe der Hörwarts sprechen offen von der ungerechten

¹⁾ Der Wortlaut derselben bei Stetten 675.

Wahlordnung und gerade diese wünschen auch „dermalen“ keine Aenderung. Im besondern stürmen viele Klagen auf die Commission ein; die ungerechte Behandlung der vier Rathsherren und des Dr. Müller, das rücksichtslose Vorgehen gegen die Gewissenstreue der Prädicanten, vor allem auch die Begünstigung der Jesuiten bezeichnen viele als ihnen „beschwerlich“. Auch gegen die beiden Stadtpfleger werden harte Stimmen laut; es wird geklagt, dass die Fugger in der Besteuerung begünstigt seien, dass sie fortwährend Häuser aufkaufen könnten, an deren Stelle sie dann Lustgärten anlegten, dass der Stadtpfleger Max Fugger seinem Collegen Rehlinger alle Geschäfte überlasse. Ueber letzteren aber beklagt man sich, dass er ganz unter dem Einflusse des Dr. Tradel stehe, der niemals in eine Kirche gehe und nur an seine Bereicherung denke, dass Rehlinger bemüht sei möglichst viele von seiner Familie in den Rath zu bringen, so dass man bald, wie sich einer der Verhörten ausspricht, ehrbare Sippschaft statt ehrbarer Rath werde sagen können, und dass er den gemeinen Bürger mit Stolz und Hoffart behandle. Das ebenfalls in die Fragepunkte aufgenommene Versprechen Ruhe zu halten und zu fördern beantworten die Evangelischen fast ausnahmslos mit der Klausel sie wollten dies thun, sofern sie es vor ihrem Gewissen verantworten könnten.

Inzwischen war auch mehrfache Verhandlung mit den Ausschüssen der Gemeinde gepflogen worden; denn obschon diese gleich am ersten Tage durch ihren Vertreter Dr. Danbeck Gehorsam versprochen hatten, „sofern der evangelischen Religion kein Abbruch geschehen werde“, so hatten sie doch am 7. August der Commission eine Anzahl Gravamina überreicht, in welchen sie Wiedereinsetzung der vier Rathsherren, Zurückberufung des Dr. Müller, Abstellung der bettelnden Jesuitenschüler und Reducirung der Guardia auf den früheren Stand verlangen und eine dem Passauer Verträge und dem Religionsfrieden entsprechende Abänderung der Karolinischen Wahlordnung und gerechtere Vertheilung der Aemter erbitten. Darüber wurde nun zwischen Rath und Ausschuss in Gegenwart der Commissäre am 9. August verhandelt, und nachdem es denselben gelungen war die beiderseitige gereizte Stimmung zu beheben, gab der Rath das Versprechen die Augsburger Confession zu schützen und die Gravamina thunlichst zu berücksichtigen, die Ausschüsse dagegen, dem Rathe in allem gehorsam sein zu wollen.

Jetzt meinte die Commission genugsam informirt zu sein, um an die Aussöhnung selbst gehen zu können; zu dem Behufe verfasste sie den Entwurf eines Vergleiches, der mit wenigen Aenderungen vom

Rathe angenommen und nun als Basis der weiteren Verhandlungen angesehen wurde. Derselbe besteht aus 12 Artikeln: Der Rath verspricht darin für sich und seine Nachkommen eidlich niemals und in nichts die Augsburger Confession in der Stadt zu schädigen (1), behält sich dagegen das ausschliessliche Recht die Prädicanten zu berufen vor (2), von denen er auch die Unterschreibung eines Reverses verlangt (3), gesteht aber dafür der Gemeinde zu, dass wie früher drei Kirchenpfleger Augsburger Confession vom Rathe ernannt werden sollen, welche die Prediger zu überwachen und den Verkehr zwischen Prädicanten und Rath zu vermitteln haben (4). Innerhalb des Rathes soll fortan freies Votiren gewährleistet sein (9), dagegen ist jedes Rathsmitglied verpflichtet Stillschweigen über die Vorfälle im Rathe zu halten, und bei Verlust des Rathssitzes und des Bürgerrechtes soll es verboten sein gegen einen Rathsbeschluss zu protestiren oder an eine auswärtige Instanz zu appelliren; auch soll nur den Stadtpflegern das Recht zustehen Umfrage über eine Sache zu halten (6, 7, 8). Die Bürgerschaft verpflichtet sich die Wahlordnung Karl V. unangetastet zu lassen (5), sich jeder üblen Nachrede gegen die Obrigkeit zu enthalten und die Verschanzungen und Waffen von ihren Häusern zu entfernen (10). Artikel 11 und 12 endlich sind rein formell und nur insofern bemerkenswerth, als darin ausgesprochen wird, dass dieser Vergleich jährlich vor der Rathswahl vorgelesen und beschworen werden solle. Zunächst waren die Verhandlungen darüber mit der Gemeinde sowohl als mit den beiden Stuben von schlechtem Erfolge begleitet. Die Ausschüsse der ersteren wollten durchaus schriftlich verhandeln, worauf die Commission nicht einging; dies führte zu einem heftigen Auftritt mit dem Handwerker Niclas Heckl und dessen Abschaffung von der Deputation, hatte aber dafür Erfolglosigkeit als Endresultat. Und mit den beiden Stuben ging es noch schlimmer; man hatte sie aufgefordert je 6 Deputirte zu senden, denen je 4 vom Rathe zu bezeichnende Stubengenossen beigesellt werden sollten, weil man befürchtete, es würden sonst einzig die Hauptschreier die Verhandlungen zu führen haben; dagegen aber sträubte sich die evangelische Partei, da ja der Rath so gut wie sie vor der Commission Partei sei, und als man es fallen liess, beschwerten sich wiederum die Katholischen, dass man sie bei den Deputirtenwahlen rechtswidrig ausgeschlossen oder übergangen habe.

Da beschloss die Commission, ehe sie die Verhandlungen weiter führte, mit den Prädicanten, deren gewaltigen Einfluss auf die Bürgerschaft sie erkannt hatte, in directe Verbindung zu treten. Sie wurden also am 13. August vorgefordert und ihnen die Annahme der Ver-

gleichsartikel empfohlen; aber auch sie gingen auf mündliche Verhandlungen nicht ein, versprachen dagegen ihre Antwort am nächsten Tage einzureichen. Natürlich fanden sie da Ausstellungen zu machen, die alle auf die Berufung der Prädicanten durch den Rath und den Revers sich beziehen; sie berufen sich auf die alte Gewohnheit, auf den Religionsfrieden und darauf dass, wenn von jetzt ab die Prediger anders bestellt würden, sie, die alten, nothwendigerweise in den Augen der Gemeinde herabgesetzt werden würden. Im übrigen fliessen sie über von Ehrfurcht vor der Obrigkeit; es ist aber sehr bemerkenswerth, dass sie in dem Punkte, wo sie von den vergangenen Händeln des Kalenders halber sprechen, wieder einen Schritt zurückweichen; während sie früher erklärt hatten, sie sähen nach der Entscheidung des Kammergerichtes ein, dass der Kalender 'ein weltlich', das Gewissen nicht berührendes Ding sei, so kehren sie jetzt wieder das Gewissenbelastende desselben hervor und rechnen es sich nicht gering an in dieser Sache der lieben Obrigkeit nachgegeben zu haben, nachdem sie früher nicht aus Trotz und Muthwillen, sondern einzig aus bitterer Noth und Gewissenszwang Widerstand geleistet hätten. Die Commission suchte nun in der mündlichen Verhandlung mit den vier Ueberbringern der Schrift die Prädicanten von ihren Forderungen abzubringen; da dies nicht gelang, schlugen sie vor, dass der Rath von dem Ministerium im Falle einer Besetzung Vorschläge einholen solle, die aber nur als Consilia und nicht für ihn bindend anzusehen sein würden. Dies nahmen die Gesandten an und auch mit dem Reverse erklärten sie sich nach einigen Aenderungen einverstanden. Als es der Commission gelungen war dafür auch den Rath zu gewinnen, wurde Artikel 2 des Vergleichsentwurfes dem entsprechend abgeändert. Einigermassen mag daher die Commission, welche vielleicht schon am Ziele zu sein meinte, erstaunt gewesen sein, als am 16. August die 11 Prädicanten (die zwei auf die neue Art bestellten ignorirten die Collegen bei all' diesen Verhandlungen gänzlich), von ihr aufgefordert die vorgelegten Vergleichsartikel zu unterschreiben, erklärten, sie gedächten bei ihrer früher überreichten Schrift zu verbleiben, denn sie könnten von ihrer christlichen Freiheit wissentlich nichts vergeben. Alle mündlichen Versuche der Commission sie auf andere Gedanken zu bringen scheiterten; nochmals versuchte sie hierauf einen Vergleich durch Aenderung des in Frage stehenden Artikels zu ermöglichen und in der That gelang es ihr vom Rathe zu erwirken, dass die berufenen Prädicanten, ehe sie vom Rathe die Bestallung erhalten könnten, vor dem Ministerium eine Prüfung zu bestehen haben sollten. Am 18. August erklärten die Prädicanten auch diesen Modus als gegen ihr

Gewissen verstossend; da sah die Commission das Aussichtslose aller weiteren Verhandlung ein und brach sie ab.

Es wurden also wieder die Verhandlungen mit der Bürgerschaft aufgenommen. Die Ausschüsse der beiden Stuben hatten inzwischen eine Schrift überreicht, in welcher sie ihre Beschwerden präcisirten; vor allem war es die Wahlordnung, welche sie als höchst beschwerlich darstellten, mit Recht könnten sie hoffen, dass nach langem, gehorsamen Tragen die Last ihnen abgenommen würde; sie sprechen die Befürchtung aus, dass die evangelischen Kirchen und Schulen in allen religiösen und profanen Dingen den übermächtigen Gegnern weichen müssten; sie fordern daher Abstellung der ihr Gewissen belastenden Rathswahl und des Wahleides und Beordnung von evangelischen Commissären zur kommenden Wahl, damit ein auf dem Religionsfrieden und der Billigkeit beruhender Zustand in der Stadt eingeführt werde; überdies verlangen sie die Ausweisung der Jesuiten, die auf ungesetzliche Weise eingeschmuggelt worden seien. Auf diese in ziemlich schroffem Tone gehaltene Schrift antwortete zunächst die Commission, dass sie keine Befugniss habe über die Wahlordnung Karl V. zu verhandeln, und drückt dann ihre Verwunderung über die plötzlich aufgetauchte Unzufriedenheit aus, die ihr nur von einigen hitzigen unruhigen Köpfen herzurühren scheine, da doch beim früheren Verhör die Mehrheit ihre Zufriedenheit und niemand eine solche Unzufriedenheit mit der Obrigkeit an den Tag gelegt habe. Beide Stuben erklärten auf diese Antwort am nächsten Montag erwidern zu wollen, erbaten aber dann eine Frist bis zum Mittwoch, die ihnen auch gewährt wurde. In der Zwischenzeit verhandelte die Commission mit den Ausschüssen der Gemeinde, als deren Redner jetzt der Tübinger Doctor Fahrenbühler, der von Anfang an die Kaufmannsstube vertreten hatte und im Commissionsberichte als einer der Haupthetzer bezeichnet wird, statt des früheren, wie es scheint, versöhnlicher gesinnten Dr. Danbeck erscheint. Die Commission beschwichtigte zunächst die Gemeinde wegen der Forderung des Rathes die Verschanzungen und Waffen von den Häusern zu entfernen durch die Erklärung, dass damit nur die während der Unruhen angesammelten, theilweise dem städtischen Zeughause gehörigen Waffen gemeint seien, und ermahnte in eindringlichster Weise zur Ruhe und Mässigung. Umsonst — auch diese erklärten an einem der nächsten Tage ihre Erklärung schriftlich geben zu wollen.

Die beiden versprochenen Antworten, welche am 21. und 22. August der Commission übergeben wurden, klangen nicht sehr tröstlich. Wohl versprachen die Stuben für diesmal noch die Rathswahl

ruhig vornehmen zu wollen, verlangten aber von der Commission, sie solle vom Kaiser Abänderung für das nächste Jahr und Absendung 2 evangelischer Commissäre zur Sicherung derselben zu erwirken trachten; im übrigen verlangen sie Austreibung der Jesuiten und Gewährung der Forderungen der Prediger, von denen sie überzeugt seien, dass sie nur forderten, was dem Worte Gottes entspreche. Die Gemeinde endlich nimmt mit Befriedigung das Versprechen der Wahrung des Religionsfriedens entgegen, verlangt aber auch Nachgiebigkeit gegenüber den Prädicanten, ferner die Wiedereinsetzung der drei früheren Kirchenpfleger und schliesslich die Abstellung der jetzigen Guardia und Einführung des Wachdienstes von Seite der Bürgerschaft¹⁾. Sie erklärt überdies, dass, obwohl sie noch viele andere Beschwerden hätte, sie doch im Falle der Beseitigung der bezeichneten die andern ihrer lieben Obrigkeit „nachsehen“ wolle.

Nochmals versuchte die Commission am 22. mündlich die Stuben zur Nachgiebigkeit zu bewegen; als dies nicht gelang, beschloss sie die Zeit mit unnützen Verhandlungen nicht weiter zu vergeuden, sondern dieselben abubrechen und mit dem Rathe über die vorzunehmende Rathswahl, deren Ueberwachung ja der zweite Theil ihrer Aufgabe war, ein Uebereinkommen zu treffen. Sogleich für den nächsten Tag, den 23. August, wurde dieselbe anberaumt. Da ergab sich nochmals eine Schwierigkeit; am Abende des 22. kamen die Ausschüsse der Stuben zu den Commissären und forderten, dass man den Wahleid abändern solle, da sie sich durch den Satz: „es solle denen der Vorzug gegeben werden, die der alten Religion zugethan seien“, in ihrem Gewissen beschwert fühlten; sollte diese ihre Forderung nicht angenommen werden, so erklären sie, dass sie bei den Worten „alte Religion“ an ihre, die evangelische, denken würden. Die Commission lehnte es wieder ab über die Wahlordnung zu verhandeln, bedeutete aber, dass der Wahleid schon oft ohne Bedenken geleistet worden sei, dass der angezogene Satz stets darinnen gestanden habe und nicht, wie die Supplicanten behaupteten, erst vom jetzigen Stadtpfleger Rehlinger eingeführt worden sei, dass man unter „alter Religion“ stets und überall die katholische gemeint habe und noch meine. Darauf baten die Ausschüsse, es möge zu Protokoll genommen werden, dass ihnen ihre Wahl frei gelassen werde.

Ueberblickt man die Verhandlungen der letzten Tage, so nimmt

¹⁾ Man sieht, wie bei den Unzufriedenen die Wünsche und Beschwerden im Wachsen begriffen waren.

es wahrlich Wunder, dass der Wahltag ruhig verlief, und es kann dies eben nur dadurch erklärt werden, dass diese hervorgerufen und geleitet wurden von einer unzufriedenen Partei, die trotz aller Hetzereien die Majorität in der Stadt nicht aufzubringen vermochte. Das Verhältniss der beiden Confessionen wurde durch die Wahl nicht geändert, auch jetzt standen 26 Katholische 19 Evangelischen gegenüber; auch ist zu bemerken, dass weder die drei Kirchenpfleger noch Ulrich Hörwart wiedergewählt erscheinen und dass andererseits die bei der Bürgerschaft nicht sonderlich beliebten Stadtpfleger Max Fugger und Christof Rehlinger trotz ihrer Bitten sie des Amtes zu verschonen abermals an die Spitze der Stadt gestellt wurden.

Die Commissäre hatten jetzt ihrer Ansicht nach ihre Aufgabe erfüllt; es galt nur mehr Formalitäten zu genügen; so wurden die Vergleichsartikel mit dem dreimal abgeänderten Artikel 2 bezüglich der Berufung der Prediger in die feierliche Form einer Urkunde gebracht und von der Commission sowohl als vom Rathe besiegelt, ferner wurde ein „Revers“ ausgefertigt, in welchem der Bürgerschaft im Namen des Kaisers befohlen wird Ruhe zu halten, bis eine neuerdings abgesandte kaiserliche Commission endgiltig die Dinge geregelt haben würde; ein ähnliches Schreiben erhielten auch die Prädicanten zugestellt. Schon am 26. August verliessen die Delegirten die Stadt und es blieb ihnen nur mehr übrig über den Erfolg ihrer Sendung an den Kaiser zu berichten; aber erst im Februar des nächsten Jahres gelangte von ihnen der sauber geschriebene und mit zahlreichen Beilagen ausgestattete Bericht an das kaiserliche Hoflager. In dem Begleitschreiben hiezu gestehen sie ein, dass ihre Aufgabe nicht durchgeführt worden sei, und halten daher die Absendung einer Commission für die nächste Rathswahl abermals für nöthig; überdies beantragen sie, es möge der zwischen ihnen und dem Rathe vereinbarte Vergleich als kaiserliches Gesetz erklärt, ferner die Wahlordnung Karl V. nochmals bestätigt und Erzherzog Ferdinand und die benachbarten Fürsten als Conservatoren derselben ernannt werden; auch halten sie es zur Sicherung der Ruhe für nothwendig, dass einige unruhige Köpfe, vor allem die drei abgesetzten Kirchenpfleger, aus der Stadt gebannt würden.

Wie wenig die Commission ausgerichtet hatte, ja wie die Dinge schlechter geworden waren, zeigte sich bald. Zunächst gab es Verwicklungen mit dem schwäbischen Kreise. Der Deputirtentag zu Aurach, der, wie wir gesehen haben, sich wegen ungenügender Instructionen für incompetent in der Augsburger Sache erklärt hatte,

beantragte damals die Ausschreibung eines allgemeinen Kreistages nach Ulm; in dem von Marcus Sittig, Cardinalbischof von Constanz, und Herzog Ludwig von Württemberg gezeichneten Ausschreiben vom 30. August (9. Sept.) auf den 11./21. October wird nun als Verhandlungsgegenstand der „Aufstand in Augsburg“ bezeichnet und zugleich der Antrag Württembergs, im Falle der Noth ohne vorhergehende Bewilligung der Stände von Kreiswegen nach Augsburg marschiren zu können, notificirt. Dies beunruhigte sowohl den Rath als den Herzog Wilhelm von Baiern; beide richteten an den Kaiser die Bitte zu verhindern, dass sich Württemberg und der Kreis in die Augsburger Angelegenheiten mische, und Wilhelm vermehrte das Gewicht seiner Rede dadurch, dass er im Namen des Landsbergischen Schirmvereins sprach. Dem kam auch der Kaiser nach, indem er am 12./2. October an den Kreistag eine entsprechende Aufforderung richtete, welche ihre Wirkung nicht verfehlte. Auch in der Stadt konnte keine ruhige Stimmung eintreten; selbst die Kalenderfrage tauchte nochmals auf, als eine Anzahl Bürger das Weihnachtsfest nach dem alten Kalender feierte, ja die Prädicanten wagten es sogar am Weihnachtstag alten Stils von Christi Geburt zu predigen. Die Stimmung wurde noch gereizter, als die Prädicanten der „Berufung“ halber den literarischen Weg betraten und wider den Rath eine Schrift publicirten, worauf dieser im Namen aller Rathsherren eine gedruckte Antwort ausgehen liess; dagegen aber beschwerten sich 15 evangelische Rathsherren und die Prädicanten begannen nun auch ihre Schrift auf den Kanzeln zu vertheidigen und den Rath der Unwahrheit zu zeihen.

So fand die zweite kaiserliche Commission, vertreten durch die Persönlichkeiten der ersten, als sie am 4. August 1585 in Augsburg eintraf, dass genug zu versöhnen war, liess aber schliesslich die Gegner ebenso unversöhnt zurück als die erste. Es wiederholte sich das alte Spiel, nur war es diesmal noch verwickelter, da jetzt auch der grösste Theil der evangelischen Rathsherren zu den Gegnern zählte; wieder liessen sich die Parteien in keine mündlichen Verhandlungen ein, sondern beriethen ihre Antworten in der aufgeregten Atmosphäre der Stuben; wohl gelang es den Commissären einige von den Rathsherren, vor allen den einflussreichen Hans Friedrich Welser und den bei der Bürgerschaft hochangesehenen Dr. Seuter, auf ihre Seite zu ziehen; während aber ersterer wirklich versöhnt war, entzog sich letzterer der Zumuthung mit an dem Friedenswerke zu arbeiten durch schleunige Abreise. Da griffen schliesslich Rath und Commission zu energischen Mitteln: sie begannen die Widerspenstigen gefangen zu setzen und, wenn sie auch da nicht nachgaben, aus der Stadt zu bannen;

dieses Schicksal traf unter andern den Bürgermeister Martin Burkart und den Rathsherrn Carl Reiching. Mit der Gemeinde wurde gar nicht mehr verhandelt, sondern nur die kaiserliche Bestätigung der Commissionshandlung vom Vorjahre verrufen und am Rathhause angeschlagen. Nach der Angabe der Commission verhielt sich dabei die Bürgerschaft ganz ruhig und sicher ist es, dass die Rathswahl am 5. September, sowie am folgenden Tage die Eidesleistung ganz ordnungsgemäss verlief; das Verhältniss zwischen Katholischen und Evangelischen im Rathe stellte sich so wie im Vorjahre.

Als die Commission über ihre Thätigkeit dem Kaiser Bericht erstattete, konnte sie insofern einen Erfolg verzeichnen, als sie einer grossen Anzahl der Unzufriedenen das Versprechen Ruhe zu halten abgerungen hatte; aber noch waren die Prädicanten da, von denen sie mit Recht befürchtete, dass sie neuerdings schüren würden; sie hatte daher bei ihrer Abreise dem Rathe gerathen und beantragte nun beim Kaiser, es sollten die renitenten Prediger abgeschafft und durch neue ersetzt werden. Fast ein Jahr noch dauerten die Händel, bis endlich jene am 17. Juni 1586 die Stadt verlassen mussten. Schlimmer für den Rath war es, dass die ausgewiesenen Bürger sich allerorten um Hilfe umsahen und auch einflussreiche Fürsten, so die von Sachsen und Württemberg, für sich gewinnen konnten; alle Versuche derselben aber scheiterten beim Kaiser, der sich auf die beiden von ihm bestätigten Commissionshandlungen berief, und auch der Rath blieb stark; selbst eine ansehnliche Gesandtschaft von Pfalz-Neuburg, Ansbach und Württemberg konnte ihn nicht dazu bringen den renitenten Bürgern bedingungslos zu verzeihen; er sah sich wieder um Hilfe um, welche ihm von Baiern im Falle der Noth auch zugesichert wurde. Auch sonst ergaben sich Schwierigkeiten, namentlich mit den benachbarten Reichsstädten, welche die ausgewiesenen Bürger aufgenommen hatten, besonders mit Ulm, gegen das der Rath schon des Dr. Müller wegen gereizt war; so kam es, dass Augsburg den im Jahre 1587 dahin ausgeschriebenen Städtetag nicht zu beschicken erklärte und trotz aller Versöhnungsversuche bei diesem Beschlusse verblieb. Auch innerhalb seiner Mauern sah es nicht gut aus. Der Rath hatte sogleich nach der Ausweisung der Prädicanten neue bestellt, aber ein grosser Theil der evangelischen Bürgerschaft hielt sich von ihren Predigten fern und brachte ihnen Hohn und Spott entgegen, ja 1588 spuckte nochmals der alte Kalender, indem mehrere Evangelische am Neujahrstag alten Stils ihre Läden geschlossen hielten; der Rath konnte wohl, ohne Unruhen befürchten zu müssen, die Störigen strafen, aber die Unzufriedenheit konnte er nicht bannen.

Erst 1591 wurde ein Vergleich geschlossen, der im Grossen und Ganzen auf dem schon 1584 von der Commission vorgeschlagenen Modus der Berufung der Prädicanten basirt war. Damit fanden endlich die Händel ihr Ende, welche, wie man sieht, mit dem Kalender schon lange nichts mehr zu thun hatten, die aber kurz hier angeführt werden mussten der Vollständigkeit und des Beweises halber, dass es der allgemeine Gährstoff war, welcher den Kalenderstreit in Augsburg gezeitigt hatte.